

BLogbuch 1 25.05. 2014

Revolution und Konterrevolution in Europa

»Ich bewegte mich schwerfällig, dann blieb ich stehen und schrie: „Wo bringen die mich hin?“ – „Eine kleine Exkursion. Damit du besser schreiben kannst“, säuselte er. Ich war sicher, daß sie beschlossen hatten, mich zu verhaften. Ich tat so, als nähme ich mich zusammen, ich wollte glauben, daß das, was ich seit einem Monat hier erlebte, nur ein Albtraum war, aus dem ich bald erwachen würde. Es vergingen nur zwei Minuten, dann stürzte ich fast zu Boden. Als die beiden neben mir gehenden Männer mich auffingen, bemerkte ich, daß wir dabei waren, die Treppe hinabzusteigen. [...] Mir wurde schwindelig, es stank, und in dem Gestank von Fäulnis mischten sich mir unbekannte Gerüche. Schließlich blieben wir stehen. [...] Eine Hand löste die Binde von meinen Augen. Ich hatte nicht damit gerechnet, daß mich solches Grauen erwarten würde. [...] Ein langer Gang, die Zellen auf beiden Seiten kaum zu erkennen. Mit Mühe nur erspürte ich, daß das ein realer Ort war und kein Hirngespinst. [...] Vor mir absolute Schwärze. Ein Gang ohne Anfang und Ende, im Nichts hängend, mit mir mittendrin und mit geschlossenen Türen. Der Mann, der vor mir stand, öffnete eine dieser Türen. [...] Der Mann packte mich am Ellenbogen und stieß mich durch die geöffnete Tür, und dort ... sah ich sie. Eine Zelle mit zwei oder drei Personen. Ich konnte es nicht genau ausmachen, aber vermutlich sah ich drei Körper irgendwo hängen, ich wußte nicht wie! Er stieß mich weiter, ich war fassungslos, ich spürte ein flaues Gefühl im Bauch. Die Körper waren fast nackt, ein fahler Lichtschein drang von irgendwo herein. Ich wußte nicht, ob es eine Öffnung in der Decke war, man konnte drei junge Männer wahrnehmen, knapp zwanzig oder etwas älter. Ihre jugendlichen Körper waren unter dem Blut zu erkennen. Die Hände hingen in Eisenfesseln, ihre Zehen berührten kaum den Boden. Blut klebte an ihren Körpern, frisches Blut, trockenes Blut, tiefe Wunden zeichneten sich auf ihren Leibern ab, wie willkürlich mit dem Pinsel hingemalt. Ihre Gesichter waren zu Boden gerichtet, sie waren bewußtlos und schaukelten hin und her wie Schlachtvieh. Ich schreckte zurück, da packte mich einer der Männer und schob mich wieder nach vorne, schweigend. In dem Augenblick hob einer der Jungen kraftlos den Kopf, es gelang ihm nur mit Mühe. Die schwachen Lichtstrahlen ermöglichten mir, sein Gesicht zu erkennen. Er hatte kein Gesicht. Seine Augen waren vollkommen geschlossen. Ich konnte kein Schimmern darin erkennen. Kein Platz für die Nase, nicht einmal für die Lippen, sein Gesicht glich einem roten Bild ohne jede Kontur. Rot gemischt mit Schwarz, das einmal rot gewesen war. [...] In diesem Augenblick drangen von irgendwoher Folterschreie an mein Ohr, von einem weit entfernten und doch nahen Ort. Ich zitterte. Ich hatte noch nie solche Schreie vernommen, sie schienen tief aus der Erde zu kommen und trafen mich bis ins Mark. Die Schreie verstummten nicht, bis wir den Gang verlassen hatten. [...] Es war die Hölle. Es war die Hölle! Als seien die Menschen nur Stücke Fleisch, aufgetürmt, um die Meisterwerke der hohen Kunst des Mordens und des Folterns auszustellen. Männer, die keine dreißig waren, hatten Gesichter, die keine Gesichter mehr waren, und Körper mit einer neuen Topographie. [...] „Sind das die Jungs von den Demonstrationen?“, fragte ich einen der Männer, die mir die Augen wieder verbanden. „Das sind die Verräter von den Demonstrationen!“ antwortete einer barsch. [...] Wir blieben wieder stehen, sie nahmen mir die Augenbinde ab, ich sah ihn hinter seinem schicken Schreibtisch sitzen. Jetzt glaubte ich, daß das alles kein Albtraum ist. Er blickte mich höhnisch an und fragte: „Und? Hast du deine Kollegen gesehen, diese Verräter?“«

(aus: Samar Yazbek, *Schrei nach Freiheit*, 87-89)

»In der folgenden Woche, genauer gesagt am Sonntagmittag, kam der Gouverneur zu uns, nachdem in Latakia ein neuer eingesetzt worden war. Er wollte sich mit Vertretern der Stadt Dschableh und einigen jungen Leuten in der Moschee am Freiheitsplatz treffen, um ihre Forderungen anzuhören. Das Treffen endete nach zwei Stunden damit, daß die jungen Männer erklärten: „Wir wollen den Sturz des Regimes“. Daraufhin verließ der Gouverneur das Treffen wütend mit den Worten: „Ich werde es euch zeigen!“ Noch am selben Tag trafen in der Stadt Massen von Sicherheitskräften und Soldaten sowie Schabbiha in Zivil und

Turnschuhen ein, an denen man sie erkennen konnte. Und natürlich waren sie mit Waffen und Munition ausgerüstet. Zwei Stunden nach diesem Treffen war die Stadt durch Sandbarrikaden nach Religionsgemeinschaften geteilt, die in allen sunnitischen Stadtvierteln aufgebaut worden waren, besonders, wie sie behaupteten, in den Vierteln, wo es Unruhen gegeben hatte. Außerdem wurden auf den Regierungsgebäuden Scharfschützen postiert, von wo aus sie die Straßen überblicken und jede Bewegung ausmachen konnten. Sie zerstörten jeden einzelnen grünen Flecken, um alles einsehen zu können, wie den Friedhof von Dschableh, wo die meisten uralten Bäume gefällt wurden. Es vergingen keine zwei Stunden, da war in der Stadt heftiger Beschuß zu hören. Es wurde willkürlich und ohne Vorwarnung geschossen, und das ging den ganzen Tag so. Viele Menschen versteckten sich, wo sie gerade waren. Sie wußten gar nicht, warum geschossen wurde und gegen wen. Es kam zu einem Massaker, neun junge Männer wurden getötet und viele verwundet. Die Sicherheitskräfte hinderten die Krankenwagen daran, an den Ort des Geschehens zu kommen. Wir konnten einige Verletzte in die Moschee im Viertel bringen, um sie zu versorgen und zu verhindern, daß die Schabbiha im Nationalkrankenhaus ihre Organe stehlen, wie es mit einem jungen Mann der Familie Dschumaa passiert ist. Der junge Mann, der nur am Fuß verletzt gewesen war, verließ das Krankenhaus, aufgeschnitten vom Hals bis ganz unten am Bauch. Wir baten auch Ärzte um Hilfe, die dann verhaftet und gefoltert wurden, weil sie ‚Verbrechern‘ und ‚Terroristen‘ und ‚Infiltranten‘ helfen würden. Die Schabbiha benutzten ganz eindeutig sehr moderne Waffen und eine Art von Kugeln, die explodierten. Entweder töteten sie direkt oder zerrissen den Körper. Als wir einen jungen Mann versorgten, dem von einem Scharfschützen in den Kopf geschossen worden war, quoll ihm auf ganz seltsame Art das Gehirn komplett aus dem Schädel. Wir haben dann die Kopfbedeckung des Scheichs der Moschee benutzt, um das Gehirn wieder in den Schädel zurückzuschieben. Die meisten Toten wurden heimlich beerdigt. Bei den anderen gestatteten die Sicherheitsbehörden ihre Aushändigung an die Familien und ihre Beerdigung nur unter der Bedingung, daß die Familien unterschrieben, daß sie von bewaffneten Banden und Saboteuren getötet worden seien. Außerdem durften nur sehr wenige Angehörige an der Beisetzung teilnehmen, und die Sicherheitskräfte mußten anwesend sein. Seit dem Massaker wurde Dschableh zu einer Geisterstadt. Niemand traute sich, aus Angst vor den Scharfschützen die Wohnung zu verlassen. Die meisten Bewohner wechselten auch ihre Wohnungstüren aus. Die waren meist aus Holz und standen häufig offen – nur ein Vorhang verhinderte einen Blick nach innen. Jetzt wurden schwarze Eisentüren eingesetzt. Nach diesem bestialischen Massaker sind wir nur noch nachts demonstrieren gegangen, einige Male machten wir Blitzdemonstrationen, andere Male große Demonstrationen, an denen auch Frauen teilnahmen. Aber insgesamt bewegten wir uns nur noch auf sehr begrenztem Terrain. Wir versuchten, den Augen der Sicherheitskräfte zu entgehen, die uns in Dschableh unterwandert hatten, obwohl die Stadt so klein ist. Das Ausmaß der Unterwanderung war aber so gewaltig und furchterregend, daß wir uns gegenseitig nicht mehr trauten. Das erklärt auch die Verhaftungen in der Stadt, die alle aufgrund unterschiedlicher Anschuldigen erfolgten. Und das obwohl das Regime andererseits seit dem ersten Funken der Revolution alle Verbrecher freigelassen hat, die wegen Schmuggel und Drogenhandel im Gefängnis saßen. Täglich gab es in Dschableh neue Gerüchte, und täglich wurden neue Angriffe und Massaker erwartet. Die Bewohner bereiteten sich darauf vor und erfanden verschiedene Methoden der Selbstverteidigung, zum Beispiel eine Art Dynamit, das bei Explosionen einen großen Knall verursacht, aber nicht tötet. Wenn wir jetzt auf die Straße gehen, um den Sturz des Regimes zu fordern, führen wir eine Art Straßenkrieg.“«

(aus: Samar Yazbek, *Schrei nach Freiheit*, 161-163)

»“Während der Demonstration auf dem Arnous-Platz am 19. Mai wurde ich verhaftet und blieb 6 Tage im Gefängnis. Wir hatten Plakate auf der Demonstration dabei und forderten die Aufhebung der Belagerung von Deraa

und riefen ‚Nein zum Konfessionalismus‘, ‚Syrisches Blut darf nicht vergossen werden‘. Außerdem sangen wir die Nationalhymne und genau in dem Moment, als ich sagte, ‚Stolze Seelen und eine glorreiche Vergangenheit‘, da faßten sie mich. Wer mich zuerst packte, waren Leute in Zivil. Die fliegenden Händler dort sind Geheimdienstler. Sie packten und schlugen uns, dann stießen sie uns in einen der Läden und beschimpften uns. Die Händler bekamen es mit der Angst zu tun und die Sicherheitskräfte riefen ‚Diebe, Diebe!‘ Ein Ladenbesitzer half uns und versteckte ein Mädchen in der Umkleidekabine. Sie schlugen brutal auf uns ein, bis ein Trupp Sicherheitskräfte kam, zusammen mit einem Offizier, der uns beschimpfte. Dann stießen sie uns in einen Bus und die ganze Zeit prügeln sie mit Elektrostöcken und Eisenketten auf uns ein. Wir kamen zur Geheimdienstabteilung in Maisat, und auch dort wurden wir zur Genüge geschlagen. Man hatte uns die Augen verbunden, wir fielen zu Boden, und sie prügeln und traten uns, bis wir in den Befragungsraum kamen. [...] Dann wurden wir mit verbundenen Augen zu einer anderen Abteilung gebracht. Die neue Abteilung lag in der Bagdad-Straße mitten in Damaskus, wie ich später erfuhr. Auch dort ging es so weiter mit der Befragung: Schläge, Tritte und Beleidigungen. Es gab einen jungen Mann, der hatte lange Haare. Sie fragten ihn: ‚Läßt du dich ficken?‘, und lachten und machten sich über ihn lustig. Sie haben ihn furchtbar gepiesackt. Wir waren für sie Objekte des Hohns. Unter uns waren auch Ärzte, Schriftsteller und Intellektuelle, und trotzdem haben sie uns die ganze Zeit beleidigt und geschlagen. In der Abteilung haben sie uns komplett ausgezogen, dann gaben sie uns unsere Klamotten wieder und brachten uns in eine Gemeinschaftszelle, in der Waffen- und Rauschgiftschmuggler saßen. Aber die haben uns gut behandelt. Dann begann die Befragung. Unter uns waren auch politische Aktivisten und frühere Gefangene. Es war ein Psychokrieg. Sie sagten uns, daß wir nicht mehr rauskämen, und als wir das Wort Reform in den Mund nahmen, schlugen sie noch brutaler auf uns ein. Ich sagte zu einem Offizier, der mich befragte, daß ich gerade mein Abitur machte und nur durch Zufall auf der Demonstration gewesen sei. Als ich gesehen hätte, wie sie die Nationalhymne sangen, hätte ich mich zu ihnen gestellt. Da schlugen sie mich noch mehr, weil sie wußten, daß ich nicht die Wahrheit sagte. Sie wollten wissen, wer mich zu der Demonstration aufgerufen habe, aber ich bestand darauf, zufällig dort gewesen zu sein. Sie befahlen mir, mich auf den Boden zu legen, die Hände auf dem Rücken zusammengebunden, die Beine im rechten Winkel nach oben gestreckt. Dann schlugen sie mir auf die Fußsohlen. Sie steckten mich in einen Reifen, aber ich stellte mich dumm. Der Ermittler befragte mich über die Parteien in Syrien, und ich tat als hätte ich keine Ahnung. Er fragte mich nach Facebook, und ich leugnete, Facebook zu kennen. Dann kehrte ich in die Gemeinschaftszelle zurück, und der Offizier sagte zu dem Gefängniswärter: ‚Bring ihn da hinten hin!‘ Ich dachte, nun würden sie mich mit Strom foltern. Sie ritten immer wieder darauf herum, daß wir Linke und Säkulare waren, wo sie doch gedacht hatten, daß die Demonstranten Salafisten seien.“«
(aus: Samar Yazbek, *Schrei nach Freiheit*, 205-207)

»“Meine Freundin war gerade dabei, die Demonstration zu filmen. Plötzlich stürzten sich einige Jungs auf sie, die Fahnen und Bilder des Präsidenten hochhielten, und begannen uns mit Fahnentöcken zu schlagen. Es war eine Gruppe des Studentenverbands. Sie zogen meine Freundin fort von mir, und andere packten mich und zogen mich auch mit sich, und als die Leute um uns herum versuchten, mich zu befreien, wurden auch sie von ihnen geschlagen. [...] Sie haben mich losgelassen und sie geschlagen. Ich habe mich bei einem Offizier nach ihr erkundigt, doch er antwortete: ‚Wir werden es euch allen zeigen, ihr Dreckshunde!‘ Dann packte er mich und warf mich zu ihr in den Bus. [...] Sie traten mit ihren Schuhen auf uns ein und warfen uns auf den Boden. Wir wurden eine Ewigkeit geschlagen. Dann mußten wir uns hinhocken wie auf einen Stuhl, unter uns war nichts. In diesem Augenblick dringen die Zehen ins Fleisch ein, das ganze Gewicht des Körpers konzentriert sich in den Zehen. Und die ganze Zeit schlugen sie uns. Als sie erfuhren, daß ich es war, der einen Geheimdienstler geschlagen hatte, brachten sie mich in eine Einzelzelle und

schlugen mich mit einem Elektrostock. Ich wurde ohnmächtig, und sie weckten sie mich wieder. Der Arzt sagte zu ihnen, ich sei unfähig zu sprechen. Sie wollten, daß ich sage, daß einer der Demonstranten gerufen habe, er wolle Israel, und man habe Bilder von Sharon auf der Demonstration in die Höhe gehalten und es seien Parolen gegen andere Religionsgemeinschaften gerufen worden. Sie drohten mir, meine Freundin zu vergewaltigen, wenn ich es nicht sagen würde. Da sagte ich zu dem Ermittler, ich sei hier, weil sie geschlagen worden sei. Und wenn auch nur einer von ihnen sie anröhre, dann würde er schon sehen! Währenddessen wurde sie befragt. Uns wurde verboten, Wasser zu trinken. Die Palästinenser unter uns wurden doppelt so hart geschlagen. Die Offiziere setzten uns ihre Schuhe auf den Nacken und forderten uns auf, das auszusagen, was sie verlangten. Und weil wir die ganze Zeit geschlagen und getreten wurden, waren von vielen Jungs vor lauter Schwellungen die Gesichter gar nicht mehr zu erkennen. Sie pendelten die ganze Zeit zwischen ihr und mir hin und her und sagten: ,Du kommst raus, aber die bleibt.' Immer wieder holten sie mich aus der Zelle und warfen mich wieder hinein und redeten über eine Verschwörung und die Angst vor Salafisten, wenn das Regime stürzen würde. [...] Während wir in der Gemeinschaftszelle geschlagen wurden, kam jemand herein und sagte laut: ,Schlagen ist verboten'. Dann kam jemand anderer herein und prügelte wieder auf uns ein. Der Typ vom Palast der Republik, der zu uns kam, war schick angezogen und machte eine gute Figur. Er sagte: ,Ich bin gekommen, um die Forderungen der Demonstranten anzuhören'. Keiner der Häftlinge antwortete. Da sagte der Geheimdienstler: ,Los, nun antwortet schon, ihre Hunde!' Alle schwiegen. Es vergingen einige Minuten schweigend, dann schrie der Geheimdienstler wieder: ,Na, was ist jetzt, sagt was, ihr Hunde!' Da stand einer auf, dessen Gesicht blutig und vollkommen geschwollen war, und sagte: ,Mein Herr, niemand hat uns geschlagen, wir sind vollkommen in Ordnung!' Dann setzte er sich still wieder hin."«

(aus: Samar Yazbek: *Schrei nach Freiheit*, 140-143)

»"Was ist die Aufgabe eines Arztes bei den *mukhabarat*? Ich werde es Ihnen erklären. Seine erste Aufgabe: Die Gefolterten am Leben erhalten, damit sie solange wie möglich gefoltert werden können. Die zweite Aufgabe: Falls die gefolterte Person das Bewußtsein verliert, ihr Erst Hilfe leisten, damit das Verhör fortgesetzt werden kann. Die dritte Aufgabe: Die Verabreichung psychotroper Substanzen während des Verhörs überwachen. Chlorpromazin, Diazepam, oder Valium, Ketamin oder Katalar und 90prozentiger Alkohol, ein Liter in die Nase oder in die Augen oder subkutan injiziert – Alkohol wird zum Aufwecken, aber auch zum Foltern verwendet. Die vierte Aufgabe: Wenn die Widerstandsschwelle der gefolterten Person überschritten ist, bringt der Arzt sie ins Militärkrankenhaus. Vor der Revolution wurden dem Patienten die Hände mit Handschellen auf den Rücken gefesselt; seit der Revolution werden dem Patienten die Augen verbunden und er wird an den Arzt gefesselt. Vorher wurden alle Patienten in Lebensgefahr behandelt; jetzt werden nur die wichtigsten Gefangenen behandelt; die anderen läßt man sterben. Die Entscheidung liegt nicht beim Arzt: wenn er sieht, daß der Patient in Lebensgefahr schwebt, schickt er einen Bericht zum Verantwortlichen, der entscheidet und die Bewilligung für die Verlegung unterzeichnet. Im Krankenhaus darf der behandelnde Arzt den Patienten nicht ansprechen; wenn er irgendeine Frage hat, muß er sich an den Arzt der *mukhabarat* wenden, der den Patienten fragt und dann dem Arzt die Antwort übermittelt. Seit Beginn der Revolution wird ein Gefangener, wenn er wichtig ist und ins Militärkrankenhaus gebracht wird – in ganz bestimmten Fällen –, ans Bett gefesselt, und vor seiner Tür werden zwei Wachen aufgestellt. Nur der *mukhabarat*-Arzt oder der Chefarzt des Krankenhauses dürfen die Behandlung vornehmen. Selbst der *mukhabarat*-Arzt wird von den Wachen jedes Mal durchsucht, wenn er aus dem Zimmer kommt, um zum Beispiel auf die Toilette zu gehen, und wenn er wieder ins Zimmer geht."«

(aus: Jonathan Littell: *Notizen aus Homs*, 86-87)

»Zuerst hörte er von seltsamen Dingen, die sich in der Notaufnahme abspielten. Wenn verwundete Demonstranten eingeliefert wurden, fesselte man diese und verband ihnen die Augen. Abu Hamzeh wollte das mit eigenen Augen sehen und ging hin: Es war wahr. [...] Als der Chefarzt des Krankenhauses – eine Alawit aus Tartus, ein sehr guter Mann – davon hörte, befahl er, daß die Patienten nicht mehr geschlagen werden und daß sie behandelt werden. Das war vielleicht 20 Tage nach Beginn der Mißhandlungen. Das Ergebnis war, daß man sie behandelte und dann nachts kam und sie in ihren Betten schlug. „Eines Tages habe ich einen Patienten in der Notaufnahme behandelt. Am nächsten Tag hat man ihn in den Röntgenraum gebracht, mit einem Schädeltrauma, das er am Vortag noch nicht gehabt hatte. So habe ich entdeckt, daß man ihm in der Nacht etwas angetan hatte. Ich habe einen Freund, einen Röntgenarzt, nach den Details des Falls gefragt, und er sagte mir: ‚Er hatte eine Schädelfraktur und ein Trauma, er ist jetzt auf der Intensivstation‘. Zwei Tage später ist der Patient an dem Schädeltrauma gestorben. Er wäre nicht an den Verletzungen gestorben, die ich am ersten Tag behandelt hatte. Er ist an der Folter gestorben.“ Es gab einen Raum, in dem man die Patienten nach ihrer Behandlung zur Beobachtung dabeihalten konnte. Man brachte dort die Demonstranten hin, ans Bett gefesselt, mit verbundenen Augen, und man blockierte die Katheter; man gab ihnen nur einen Viertelliter Wasser für sechs Personen, jeden zweiten Tag nur ein paar Tropfen, um sie am Leben zu erhalten. Als Abu Hamzeh den Raum betrat, flehten die Leute ihn um Wasser an. Der blockierte Katheter verursachte Schädigungen an den Nieren. „Ich habe zwei Personen deswegen ins Koma fallen sehen. Einer von ihnen ist gestorben. Also habe ich mir eine kleine Kamera in die Tasche gesteckt und habe sie gefilmt. Ich bin in den Raum gegangen, um die Patienten zu behandeln. Ich hatte eine Krankenschwester dabei, eine Sympathisantin, die mir geholfen hat. Es gab keine Antibiotika, kein Serum, keine Medikamente. Ich habe versucht, die Katheter zu lösen, aber die Urinbeutel waren voll. Ich glaube, sie haben die Katheter blockiert, damit die Beutel nicht platzen, weil sie sie nicht auswechselten. Als ich die Verbände wechselte, habe ich einen Fall von Wundbrand entdeckt, und ich habe die orthopädische Abteilung darüber informiert, damit der Patient Antibiotika bekommt. Drei Tage später habe ich erfahren, daß der Patient in den Operationssaal gebracht worden war, wo man ihm das Bein unterhalb des Knies amputiert hat. Ich konnte den Fall nicht mehr weiter verfolgen.“«

(aus: Jonathan Littell: *Notizen aus Homs*, 192-193)

»„Die Frauen dienen als Werkzeuge, um damit die Väter, Brüder, Ehemänner zu treffen“, sagt die nach Frankreich geflohene Schriftstellerin Samar Yazbek anklagend. „Ihre Körper sind Schlachtfelder. Und das Schweigen der Weltgemeinschaft über diese Tragödie ist für mich ohrenbetäubend.“ [...] Sema Nassar, Hauptautorin eines über Skype verbreiteten Berichts, bestätigt, daß „das Regime die Frauen zu ihrem hauptsächlichen Ziel gemacht hat. [...] Als solche sind sie, besonders, wenn sie als schwangere Frauen zu erkennen sind, zur Zielscheibe für die Scharfschützen geworden. Sie dienen als menschliche Schutzschilder wie im Februar 2012 im Stadtteil Ashria in Homs, als die Armee die Frauen zwang, vor der Truppe herzulaufen oder sich bei der Durchführung von Patrouillen in die Panzer zu steigen. Sie werden von Kidnappern gegen Lösegeld ausgetauscht. Das systematische Vergewaltigen, ob mit 9 oder 60, ist eine Form der dauerhaften Zerstörung jeglichen sozialen Zusammenhangs.“ Ja, Selma Nassar kann Geschichten erzählen. Exakt dokumentierte Fälle, Dutzende. Wie jener einer jungen Frau aus Hama, die, inzwischen in die USA geflohen, mit ihren drei Brüdern zu hause war, als die Soldaten herein gestürzt kamen und von den drei Brüdern verlangten, daß sie ihre Schwester vergewaltigen. Der erste weigerte sich, man schnitt ihm den Kopf ab. Der zweite weigerte sich, er erlitt dasselbe Schicksal. Der dritte war einverstanden, sie haben ihn auf der Frau getötet, die sie dann selbst vergewaltigt haben. Oder die Geschichte jener Syrerin, die im Sommer 2012 zu einem Haus im Vorort von Homs mitgenommen und mit etwa 20 anderen Frauen gefoltert und kollektiv, was von einer Kamera aufgenommen wurde, vergewaltigt wurde, und die Aufnahmen ihrem Onkel,

einem bekannten Scheich, Fernsehprediger und Mitglied der Opposition geschickt wurden. [...] Die Ärzte beschreiben die Zerstörung der Vaginen, der gefolterten Körper, der unheilbaren Traumatisierungen. Yazan, eine 28-jährige Psychologin, die in Amman begonnen hat, „den Opfern der Krieges zu helfen“, nennt uns den Fall eines ihrer Patienten aus Homs (der anonym bleiben soll), dessen Nachbarn ihn wegen seiner revolutionären Aktivitäten angezeigt hatten, was die Entführung seiner Frau und seines dreijährigen Sohns zur Folge hatte. „Als auch er wenige Wochen danach festgenommen wurde, brachte man ihn zu einem Privathaus, das für Foltersitzungen benutzt wurde.

– „Du tätest besser daran zu reden! Deine Frau und dein Sohn sind da.“

– „Dann bringt sie jetzt her!“

Die junge Frau ist außer sich:

– „Du darfst niemanden verraten! Was du befürchtet hast, ist längst passiert.“ Beide wurden heftig geschlagen. Dann, als er an den Handgelenken an der Wand aufgehängt wurde, hat man vor seinen Augen seine Frau vergewaltigt.

– „Redest du jetzt, oder willst du, daß wir weitermachen?“

Seine Frau ist dann aufgesprungen, hat sich einer kleinen Axt, wie sie von Henkern benutzt wird, bemächtigt und sich den Schädel geöffnet. Der kleine Sohn wurde später unter seinen eigenen Augen erwürgt.“ [...]

„Ich bin im Besitz von Fotos der Schachteln von Stimulantia, mit denen sich die Soldaten eindecken, bevor sie ein Dorf überfallen“, erklärt Sema Nassar. Es gibt auch verschiedene Zeugenaussagen darüber, daß den Frauen vor ihrer Vergewaltigung Betäubungsspritzen in den Oberschenkel gesetzt werden. Amal, eines der Opfer, erklärt, daß in einem Zentrum für Verhaftete in Damaskus ein Arzt mit dem Spitznamen ‚Dr. Cetamol‘ seinen Zellen-Rundgang machte, um bei jeder Frau den Tag ihrer Regelblutung zu notieren und Kontrarezeptiva zu verteilen. „Wir lebten im Dreck, im Blut, in der Scheiße, ohne Wasser und mit so gut wie nichts zu essen. Wir hatten aber einen solchen Horror davor, schwanger zu werden, daß wir peinlichst genau diese Pillen einnahmen. Und als sich einmal bei mir die Regel verzögerte, hat mir der Arzt Tabletten gegeben, von denen ich die ganze Nacht Bauchschmerzen bekam.“ Ein entscheidender Hinweis auf die absehbaren Folgen der in der Gefangenschaft erlittenen Vergewaltigungen. Jedoch führt die auf Grund der kollektiven Vergewaltigungen erfolgende Geburt eines Babys zu einer Kette von Katastrophen. In Latakia hat sich eine Frau umgebracht, weil sie nicht abtreiben konnte. Eine andere war von ihrem Vater vom Balkon des ersten Stocks gestürzt worden. Neugeborene fand man frühmorgens in den Gassen von Daraa. [...]

In Homs, erzählt uns die syrische Schriftstellerin Lina Tibi, daß es einer Frau inzwischen gelungen ist, in einer einzigen Woche unter größter Geheimhaltung 50 hymenplastische Operationen [zur Wiederherstellung der Jungfräulichkeit] bei jungen Frauen zwischen 13 und 16 Jahren zu organisieren. „Die einzige Möglichkeit, ihnen das Leben zu retten“. Aber die Familien gehen an die Decke. Ehemänner wenden sich ab und lassen sich scheiden. Eine angeheiratete Familie aus Homs hat vor ihrer Verstoßung aus dem Haus die Sachen der Schwiegertochter gepackt, lange bevor sie aus dem Gefängnis zurückgekommen ist. Die Familien machen so schnell es geht, daß die Tochter an den ersten Besten verheiratet wird, ob er alt oder schon verheiratet ist. „Die Welt ist besorgt über chemische Waffen; aber für uns als Syrerinnen ist die Vergewaltigung schlimmer als der Tod“, sagt leise unter Schluchzen eine Jurastudentin, die es bisher noch nicht gewagt hat, irgendjemandem ihre schreckliche Geschichte zu erzählen. Auch nicht ihrem Ehemann.<
(Übersetzung aus Le Monde vom 06.03.2014: *Syrie. Le viol, arme de destruction massive.*)

»Ohne Wissen ihres Vaters, einem bekannten Regimegegner, nahm die 18jährige Amal (der Vorname wurde geändert) an den Aktivitäten eines revolutionären Komitees teil, als sie im Oktober 2012 in Banjas von Angehörigen des Militärgeheimdiensts verhaftet wurde. In den vier Monaten, die sie im Gefängnis verbrachte, war sie Opfer und Zeugin sexueller Folter an den Gefangenen. Nach ihrer Flucht nach Amman träumt sie trotz der Pläne ihres

Vaters, sie an einen alten Mann zu verheiraten, davon, eines Tages ihr Studium wieder aufnehmen zu können.

„Da bist du ja, das Püppchen, das man für eine Riesin gehalten hat? Ich habe mit dir noch eine Rechnung offen“, sagt ein Offizier zu mir. Er entledigte sich seines Rings, seines Hemds, seiner Pistole und stieß mich die Treppe runter, die in das untere Gebäude führte. Drei Stockwerke tiefer. Ich hörte Schreie, es roch nach Blut, Erbrochenem, Kot. Man ging durch einen riesig langen dunklen Gang von ungefähr drei Metern Breite. Zu beiden Seiten waren Männer jeden Alters mit gespreizten Armen und Beinen nackt an die Wand geheftet. Einige wurden ausgepeitscht, andere geschlagen. Man fesselte mich und warf mich in eine Zelle, wo ich weder aufrecht stehen noch ausgestreckt liegen konnte. Dann ließ man mich heraus, um mich zusammengekauert in einen Reifen zu stecken, den man den Gang entlang rollen ließ. „Damit ich die Räumlichkeiten kennenernte“. In einer Kammer voller Folterinstrumente gab es Männer, die an einem Haken hingen. Ich wurde auf dieselbe Art aufgehängt, stundenlang geschlagen, mit Stromstößen traktiert. Dann wurde ich Zeugin der Vollstreckung eines Todesurteils ‚durch die Ratte‘. Einem Mann, nackt, sehr mager, in einem Rad steckend, wurde eine Ratte in den Mund gesteckt. Ein Soldat sorgte dafür, daß der Mund geschlossen blieb, während ein anderer mit Nadel und Faden die Lippen zunähte. Die Ratten vermehrten sich hier rapide, es wurde eine Schachtel mit welchen drin auf mich geworfen, während ich in meiner Zelle gefesselt war. Am vierten Tag sind drei mit Shorts und T-Shirts bekleidete Männer gekommen und haben mich vergewaltigt. Ich verlor das Bewußtsein und kam wieder zu mir, als ein Arzt sagte: „Ich habe ihr eine Spritze gegeben, um die Blutung zu stoppen.“ Nach einer Kafkaesken Gerichtsverhandlung vor dem Zivilgericht von Tartus, wo man ihr verkündet, daß sie in Damaskus wegen Hochverrats angeklagt werden soll, wird Amal zu verschiedenen Geheimdienstabteilungen gebracht, so auch nach Homs, wo der Direktor sie, vor ihrem Weitertransport zur Abteilung 215 in Damaskus vergewaltigen wird. „Ein mit einem elektrischen Stock bewaffneter Offizier ließ mich mit sieben anderen Frauen in einem mit Kameras ausgestatteten Raum an der Wand aufstellen. „Zieht euch aus!“ Meine Nachbarin um die Fünfzig protestiert: „Ich möchte lieber sterben“. Männer kamen näher: „Möchtet ihr lieber, daß wir es tun?“ Sie lachten, während wir uns auszogen, machten sie dreckige Witze, begutachteten unsere Busen und forderten uns auf, gymnastische Bewegungen zu vollführen. Alles wurde von den Kameras aufgenommen. Wir teilten gemeinsam eine Zelle, es war aber verboten, miteinander zu sprechen. Und zur festgelegten Zeit gab es die Folter-Sitzungen: Schläge, Peitschenhieben und Elektrostöcke, die sich auf unseren Körpern entluden oder in die Vagina eingeführt wurden. Zeitweise wurden wir an den Füßen aufgehängt mit den Köpfen nach unten, zeitweise an den Handgelenken mit den Füßen im Wasser, um den Schock zu verstärken. Einmal sah ich eine Frau aus Homs in ihre Zelle zurückkehren, die Hände voller Blut. Sie hatte einem Chef, der sie vergewaltigte, ein Auge herausreißen können. In der ‚Palästina‘ genannten Abteilung, wohin ich danach verlegt wurde, setzte sich der Horror fort. Eines Tages, wir waren vier Frauen, die man nackt an der Wand aufgehängt hatte, ihnen gegenüber acht Männer, die genauso aufgehängt worden waren, kam ein Offizier und stellte an einen nach dem anderen die Frage: – „Du bist also aus Homs? Und du hast an einer Demo gegen Bashar teilgenommen?“ – „Nein!“

Er nahm eine Blechscheren und schnitt ihm den Penis ab. Dasselbe passierte mit allen anderen, darunter ein 14 jähriger Junge, der daran sofort starb. Ich habe gesehen, wie in die offenen Wunden des zerschnittenen Körpers eines Mannes Salz eingenäht wurde. Ich habe eine Frau getroffen, die man nackt in eine Zelle gelegt hatte mit einer Kapuze über dem Kopf und daß man 10 Gefangene gezwungen hat, auf ihr zu masturbieren. Einem befahl man:

– „Vergewaltige sie!“

Er weigerte sich. Man hat ihn verprügelt und auf das Mädchen gelegt, bevor die Kapuze abgenommen wurde. Es war seine Schwester. Nun ja, alles war möglich. Als man mich in eine Zelle gebracht hat, um dort von fünf Männern vergewaltigt

zu werden, da bin ich ohnmächtig geworden und im Krankenhaus wieder aufgewacht. Mich gab's überhaupt nicht mehr, ich war wie tot. Dann hat man meine Familie angerufen, damit sie meinen Körper abholt.“«
(Übersetzung aus Le Monde vom 06.03.2014: „Je n'étais plus rien, j'étais comme morte“.)

Samar Yazbek: Schrei nach Freiheit. Bericht aus dem Inneren der syrischen Revolution, München 2012.

Jonathan Littell: Notizen aus Homs. 16. Januar – 2. Februar 2012, München 20112.

|

Februar, März

In der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* vom 16.03. (FAS) wird ebenso erschreckt wie erstaunt die Entdeckung gemacht: daß der Partei Die Linke gar nicht »**klar zu sein scheint**«, daß sie »mit ihrem alarmistischen Gerede« über die Machtergreifung von »**Faschisten, Antisemiten, Schlägertrupps**« und »**übelste(n) Nationalisten**« in Kiew »**bis aufs Wort der russischen Propaganda**« folgt, »**die damit gerade**« anlässlich der Heimholung der Krim in Putins Russisches Reich »**eine militärische Intervention zu rechtfertigen versucht**«.¹

Erinnert dieses erstaunte Erschrecken und erschreckte Erstaunen nicht ein wenig an das Märchen von dem kleinen Mädchen mit dem roten Kopftuch und dem Freßkörbchen für die kranke Großmutter, dem zu spät auffällt (die Annexion der Krim ist mit der »**militärische(n) Intervention**« Rußlands inzwischen eine Tatsache!), daß die Großmutter doch eigentlich einen viel zu großen Mund hat? Hätte sich die Schreiberin der FAS einmal die Mühe gemacht, nachzuschauen, wie nicht nur im Parteiblatt Der Linken, dem *Neuen Deutschland* (ND), sondern auch in der *jungen Welt* (jW) seit Monaten über die zweite orange Revolution in der Ukraine berichtet wird,² so hätte sie nicht so erstaunt oder gar erschreckt entdecken müssen, daß sich die ND-Berichterstattung über Rußland kaum bzw. höchstens im politischen Stil von demjenigen der jW unterscheidet.³ Woraus der eindeutige Schluß zu ziehen ist, daß Die Linke in den entscheidenden politischen Fragen (Verhältnis der BRD zur EU und zur Nato, zu den USA oder zu Rußland) unverdrossen die Belange der alten SED und somit die Interessen Rußlands gegenüber ‚dem Westen‘ nicht weniger entschlossen als jW (und DKP) vertritt und daß sie, wenn es politisch zum Schwur käme, das sozialdemokratische Rouge, das sie zur Steigerung ihrer Wählbarkeit für ihren Hamburger Parteitag

1 Die FAS bezieht sich auf eine Wahlkampfrede Sarah Wagenknechts am 13.03. in Schweinfurt, in der diese am Ende ihres Vortrags über die Rentenpolitik der Bundesregierung unter spontan ausbrechendem frenetischem Jubel noch »**ein paar Worte zur Ukraine**« sagen möchte: »**Daß so eine Regierung wie in Kiew von Deutschland überhaupt anerkannt werde – das seien Faschisten, Antisemiten, Schlägertrupps...**« usw. s.o. »**Und Steinmeier lasse sich auch noch mit denen fotografieren!**« Vgl. die *junge Welt* (jW) vom 13.03.20013: »**In Berlin forderte die Vizechefin der Linkspartei, Sarah Wagenknecht, das Referendum der Krim zu akzeptieren. Die Volksbefragung sei zwar formal nicht mit der ukrainischen Verfassung vereinbar. Das gelte allerdings auch für die jetzige Regierung in Kiew, in der zudem Neofaschisten und Antisemiten säßen.**«

2 Die politischen Gemeinsamkeiten beider Blätter liegen in ihrer SED-Vergangenheit und werden z.B. durch eine von beiden geteilte Hof-Berichterstatterin für das Assad-Regime weiterhin gepflegt. Vgl. BLogbuch 1 2012 (=BL112) zur Syrien-Berichterstattung von ND und jW. Daß die politischen Differenzen Der Linken auch zur Stasi-Gründung DKP nicht allzu groß sein können, zeigt laut dem DKP-Zentralorgan *unsere zeit* (uz) vom 25.04.2014 ihre Unterschrift unter den »**Gemeinsamen Aufruf zu den Wahlen zum Europäischen Parlament**«, worin unverblümt die Nichtreformierbarkeit der EU als »**in ihrem Wesen neoliberaler und militaristischer Struktur**« festgestellt wird und »**ein anderes Europa nur möglich sein**« werde, »**wenn die Grundlagen, auf denen die EU aufgebaut wurde, radikal verändert werden.**« Wie solche radikalen Veränderungen aussehen könnten, wissen die Europäer spätestens seit der Annexion der Krim.

3 So übernimmt das ND vom 01./02.02.2014 in einem Bericht von Valeri Pantelejew unter der Überschrift **Auf dem Euromaidan von Cherson** kommentarlos dessen Unterstellung: »**Während in der Hauptstadt Kiew Rechtsradikale den zweiten Monat in Folge Unruhen veranstalten, ist in Cherson alles vergleichsweise ruhig.**« In der Bildunterschrift zu den Olympischen Spielen in Sotschi bittet das ND vom 08./09.02. um eine Dose Mitleid für, wie es beschönigend heißt, »**die russischen Olympiagastgeber**«, die es gegen die »**vorgefaßte Meinung der geballten Medienmacht**« des ‚Westens‘ »**schwer haben werden**« werden und fügt die auswärtige Politik des Putin-Regimes verharmlosend hinzu: »**Olympia 2014 hat Pech, vor dem Hintergrund des unerbittlichen Machtkampfs in der Ukraine und des blutigen Krieges um die Zukunft Syriens stattzufinden.**« Wer kämpft denn dort gegen wen, und gibt es keinen Unterschied zwischen der »**Zukunft Syriens**« und der Zukunft Assads?

aufgelegt hat, sich ganz schnell wieder abschminken und die alte linke sozialimperialistische Fratze zum Vorschein kommen lassen würde.⁴

In derselben Ausgabe der FAS meldet sich auch der Alt-Grüne Jürgen Trittin mit einem eigenen Beitrag zu Wort, worin der Vertreter des linken Parteiflügels mit wenigen realpolitischen Rundumschlägen versucht sich aus dem Brackwasser des ‚Antiimperialismus‘ der alten SED frei zu rudern. Trittin möchte seine Wähler zum Europaparlament glauben machen, daß sich nach dem Anschluß der Krim an der ursprünglich von den Grünen inspirierten Energiepolitik auch in Zukunft nichts zu ändern braucht. Die Kanzlerin möge lediglich ihre seit Fukushima durchgezogene Energiewende, nur eben ‚sehr viel konsequenter‘, fortsetzen, damit die noch in Betrieb befindlichen AKWs ‚noch schneller‘ abgeschaltet werden können. Über derartige deutsche Luxusprobleme können osteuropäische Regierungschefs, die mit ihrer Energieversorgung seit Sowjetzeiten am russischen Tropf hängen, nur ungläubig den Kopf schütteln: wie konnte Deutschland sich sehenden Auges und freiwillig in eine derartige Abhängigkeit von russischen Rohstofflieferungen begeben, ohne nicht zumindest zu versuchen, diese Abhängigkeit durch Diversifizierung seiner Lieferketten zu verringern?⁵

Jeder Ingenieur, der was von seinem Job versteht, wird Herrn Trittin vorrechnen, daß die erneuerbare Energie die Grundlast der Stromversorgung nicht tragen kann, sondern, wenn AKWs und Braunkohlekraftwerke eines Tages ihren Betrieb eingestellt haben werden, von anderen kontinuierlich fließenden Energiequellen, wie z.B. dem zwar als ‚klimafreundlich‘ ausgegebenen, aber politisch hochexplosiven russischen Erdgas, ergänzt werden muß. Herr Trittin wird sich daran erinnern, daß der Aufstieg seiner Partei wie auch der seinige eng mit der Katastrophe von Tschernobyl in der Ukraine (schon wieder die Ukraine!) und dem Untergang des sowjetischen Imperiums verbunden ist. Vielleicht ist nun mit dem Ende der post-sowjetischen Epoche und Rußlands Rückkehr zur *Auswärtigen Politik des russischen Zarentums* à la Putin auch das Ende der Grünen Partei eingeläutet worden, deren Konkursmasse in nicht allzu langer Zeit von ihrem linksradikalen Flügel (plus Trittin?) als Morgengabe in den großen Pool aller linken rosa-rot-grünen

4 Das FAZ-Interview der beiden Vorsitzenden der Linkspartei, Katja Kipping und Bernd Riexinger vom 21.03.2014 ist ein Musterbeispiel dafür, wie sich diese Partei als pluralistisch und demokratisch zu präsentieren weiß, ohne die Linie der SED zu verlassen: Wenn Sarah Wagenknecht die Annexion der Krim durch ihre pauschale Behauptung rechtfertigt, in der Ukraine habe eine „**Putschregierung, der Neofaschisten und Antisemiten angehören**“, die Macht übernommen, wird dies von den beiden Vorsitzenden lediglich durch die ‚etwas konkretere‘ Behauptung ergänzt, »**dass in der ukrainischen Übergangsregierung eine Neonazi-Partei sitzt, die Kontakt zur NPD hält**« und noch verbliebene Differenzen glattgebügelt: Die Linke vereine nun mal in sich »**verschiedene Strömungen, Traditionslinien und Sichtweisen**«. Dann stellt sich nur noch die Frage, welche dieser »**Traditionslinien**« im SED-Wetterhäuschen bei welcher politischen Großwetterlage im Hintergrund zu bleiben hat und welche den Wählern wann präsentiert werden soll?

5 Grundlage der Energiepolitik sind die Energiegeschäfte des Kapitals. Das heißt, die beteiligten Investoren unterwerfen sich politischen Vorgaben nur so weit, wie das Sprudeln von Extraprofiten abzusehen ist. Das Scheitern des Gasversorgungsprojekts, das mit der Geburtshilfe von Trittins Parteifreund Joschka Fischer unter dem klingenden Namen Nabucco die einseitige Abhängigkeit Mitteleuropas von russischen Erdgaslieferungen hätte beseitigen sollen, ist ein negatives Beispiel für den Widerstreit zwischen Staat und Kapital. Politischer Auslöser dieses Projekts war übrigens Putins mafiöser Erpressungsversuch gegenüber der Ukraine und weiteren osteuropäischen Staaten, die an derselben Gasleitung hängen und denen er wegen des Streits um ihre Gasrechnung im Januar 2009 androhte, den Gashahn zudrehen. Die Ukraine erwies sich nach einer Stalinschen Metapher als ‚das entscheidende Kettenglied‘, an dem auch die anderen einstmals Sozialistischen Länder wie an einem seidenen Faden aus dem Sumpf des ‚westlichen‘ Kapitalismus gezogen und wieder an das Herz von Mütterchen Rußland hätten gepreßt werden sollen. Vgl. FAZ 08.07.2013 **Die Macht, die aus der Röhre kommt.**

Putin-Freunde eingebraucht werden wird?⁶

Ein prominenter Verfechter der Freundschaft mit Putin war schon immer Gerhard Schröder, alter politischer Mitreisender und früherer Chef Jürgen Trittins, der auf einmal in arge politische Verdrückung zu geraten schien, als er die Kafkaeske Verwandlung seines Freundes vom ‚lupenreinen Demokraten‘ zum astreinen Autokraten zu erklären hatte, wodurch auch noch nachträglich ein langer Schatten auf seine spontane Mutation vom deutschen Bundeskanzler zum Vorsitzenden des Aktionärsausschusses des Betreiberkonsortiums von Nord Stream fällt. Anlässlich seines von der deutschen Botschaft organisierten Besuchs in Paris berichtet *Le Monde* (LM), daß der als Modernisierer der deutschen Wirtschaft von den französischen Gastgebern Eingeladene als bekennender Putin-Freund angekommen sei, der nicht bereit war, sich aus aktuellem Anlaß auf Fragen der Journalisten auch nur ein Sterbenswörtchen zu Putin und zur Ukraine entlocken zu lassen.⁷

-
- 6 Der Chefredakteur des ND schreibt in der Ausgabe vom 22.03.2014, daß derartige Zukunftsvisionen anlässlich der »rot-rot-grünen Krim-Krise« durchaus nicht mehr ganz unrealistisch seien. Wer aber »**daran festhält, Rot-Rot-Grün sei nur zu denken als Anpassungsleistung der Linkspartei an Vorgaben der anderen, verkennt ... die Möglichkeit, daß auch die Linkspartei einmal recht haben könnte**« [sic!] und er sollte nicht dem Irrtum erliegen, daß sich diese immer nur »**dem anschließen würde, was derzeit akzeptabel ist**«. Eine »**linksreformerische Perspektive**« sei aber nicht zu haben, »**wenn bloß der Status quo verallgemeinert wird**« und »**die Bemühungen der Linken innerhalb [sic!] von SPD und Grünen entwertet und begrenzt**« und die Linken daran gehindert werden, auch »**andere Einsichten in die jeweiligen Parteidiskussionen einzuspeisen**«. Dieser Wink mit dem Zaunpfahl, sprich mit einer von Links außen organisierten radikalen innerparteilichen Linken, die früher oder später den Laden der künftigen Bündnispartner eines Tages übernimmt, wird durch die Drohung ergänzt: »**Wer von der Linkspartei immer das Bekenntnis zu deutschen „Bündnisverpflichtungen“ einfordert, um ein Beispiel zu nennen, wie soll man dem noch glauben, wenn er dann einmal selbst in die Zukunft schauen möchte – in der es ja andere neue Herausforderungen geben wird, jedenfalls solche, die gar nicht mit dem Verweis auf Verträge bewältigt werden können, welche in der Vergangenheit geschlossen würden?**« Beim Blick auf diese Zukunft sind aktuell 30-40.000 russische Spezialeinheiten an der russisch-ukrainischen Grenze zu erblicken, denen gegenüber sich ein Trupp schlecht ausgerüsteter und zahlenmäßig unterlegener Ukrainer mit einem düsteren Blick auf die Zukunft eingegraben hat! In diesem Sinn ist auch der folgende Satz, befreit von seiner wolkigen pazifistischen Umhüllung, zu lesen: »**Für friedliche Konfliktlösung, gemeinsame Sicherheit durch Kooperation und gegen Militarisierung des Denkens, gegen Feindbilder sprechen sich laut ihrer Programme alle drei Parteien aus. Wie lange wollen deren Mitglieder noch dulden [sic!], daß nicht – wo es geht auch gemeinsam – in diesem Sinn agiert wird?**« Zum Zwecke des gemeinsamen Agierens wurden zu Stalins Zeiten zuerst die übrigen politischen Parteien moralisch gefügig gemacht, um anschließend politisch liquidiert zu werden. Also haltet Euch in der SPD nicht sklavisch an die Erfüllung von Verträgen und die Einhaltung von »**deutschen „Bündnisverpflichtungen“**«, sondern schaut anstatt über den Atlantik auf die mit Putins Völkerrechtsbrüchen eröffnete gemeinsame »**linksreformerische**« Zukunft! In diesem Sinne erklärt d.A. zu den Ausführungen Sarah Wagenknechts: »...was etwa über die Position von Sarah Wagenknecht alles gerichtet [...] wurde, hält kaum einer Überprüfung anhand des wirklich Gesagten stand.« Dieses »**gerichtet**« soll (wenn es kein Druckfehler ist) der Leser wahrscheinlich als Anspielung auf die politische Hinrichtung durch die ‚bürgerliche Presse‘ verstehen und von der frappierenden, teilweise wortwörtlichen Übereinstimmung des von ihr »**wirklich Gesagten**« mit Putins Krim-Rede im Kreml ablenken.

- 7 LM 06.03. **Un ami de Poutine à Paris** – Auf die Frage nach der Ukraine stellt Schröder die bereits von Rosa Luxemburg gestellte Gegenfrage: Was ist das die Ukraine? (»**l'Ukraine, qu'est-ce que c'est?**«). Auch habe er aus verständlichen Gründen (NSA!) nicht mit Putin telefoniert. In einem in LM zitierten Radio-Interview erklärt er: Etwas verabscheuen, sei kein politischer Maßstab. Viele Probleme auf der Welt, ob Syrien, Iran oder die Ukraine könne man nur mit und nicht gegen Rußland lösen. (»**Détester n'est pas un critère dans la politique! La politique doit être rationnelle, portée par la raison. Beaucoup de problèmes dans le monde, la Syrie, l'Iran ou l'Ukraine, ces problèmes-là on ne peut les résoudre qu'avec la Russie, et pas contre la Russie.**«) – Dumm nur, daß Putins politische Rationalität z.B. in Bezug auf Syrien bisher dazu beigetragen hat, der Assad-Clique zu ermöglichen, sich dort politisch und militärisch über Wasser zu halten. Eine Rechnung, durch die ihm nun die ukrainische Bevölkerung einen dicken Strich gemacht hat! Und auch Schröder erklärt, daß sich bei einem russischen

Zur gleichen Zeit hatte Gerhard Schröders gegenwärtiger Parteivorsitzender und Vizekanzler der Großen Koalition Gabriel bei einem Besuch in Moskau Putin durch gutes Zureden von der Annexion der Krim abzuhalten versucht,⁸ daraufhin aber die neu entstandene Situation erfaßt und entschlossen auf Kalter-Kriegs-Modus umgeschaltet, indem er seinem für 2017 bereits ins Auge gefaßten roten Koalitionspartner zunächst einmal die rote Karte zeigte: Keine Gespräche mehr mit *dieser Linken!*⁹ Was Gregor Gysi wiederum im Bundestag mit einem alles in der Schwebe lassenden ‚Zwar-Aber‘ eilends die Flucht nach vorn antreten ließ: *Zwar* sei die Annexion der Krim völkerrechtswidrig, *aber* ‚der Westen‘, sprich die Nato, hätte mit ihrer blinden Unterstützung der Ukraine (d.h. von Sarah Wagenknechts »**übelste(n)** Nationalisten«), dem glühenden *Antifaschisten* Putin dazu erst die passenden Argumente geliefert.¹⁰ Damit sei auch ‚der Westen‘ für die Annexion der Krim verantwortlich. Einem solchen ‚auch‘ aus der Retorte althergebrachter west-östlicher Lehrbuch-Dialektik wird sich der Vizekanzler, allein schon um Genossen Schröder nicht im Regen stehen zu lassen, auf die Dauer nicht entziehen können.¹¹ Denn Fakt ist nun mal, daß die russische Gasleitung, die unter Umgehung der Ukraine und Polens durch die Ostsee gelegt wurde, fertig ist und daß es verglichen damit als ziemlich zweitrangig erscheint, ob die deutsche Energiepolitik sich ohne große Not in die (zunächst) ökonomische Abhängigkeit zu einem großrussischen Autokraten begeben hat. Nicht minder zweitrangig ist auch, daß damit zugleich die von der deutschen ‚Politik‘ hochgelobten gemeinsamen europäischen Interessen Deutschlands mit Polen und der Ukraine umgangen wurden, wodurch deren ökonomische Abhängigkeit zum politischen Desaster zu werden droht. Bisher hat die Masse der deutschen Steuerzahler und der nicht vom Staat subventionierten Stromkunden für die Energiepolitik Merkels und der Großen Koalition willig gezahlt. Aber irgendwann ist, wie der Maidan in Kiew gezeigt hat, auch hier einmal das Maß voll...

Angriff auf die Ukraine, die Nato wie schon in Georgien heraushalten sollte. Außerdem bringe es nichts, Rußland vom G8-Gipfel auszuschließen (»**Cela ne sert à rien de chasser les Russes du G8; il faut les confronter avec leurs positions.**«) Bloß, wie soll man mit jemandem über die von ihm geschaffenen Tatsachen diskutieren, deren Anerkennung dieser zur Voraussetzung jeder weiteren Diskussion macht? Die Nato sei für Schröder gemessen daran keine Vertrauen schaffende, sondern eine Furcht einflößende Organisation. Was wolle sie erreichen? Die Ukraine ist nicht in der Nato. Daher müsse eine diplomatische Lösung her, weil niemand eine militärische Intervention wünscht. Denn wer will die schon? (»**Dites-moi ce que vous attendez de l'OTAN! l'Ukraine n'est pas dans l'OTAN. Il doit avoir une solution diplomatique car personne ne veut une intervention militaire. Qui venait la mener?**«)

- 8 FAZ 07.03.2014: **Botschaft aus Berlin.** Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel besucht Vladimir Putin in Moskau – und mahnt.
- 9 ND 17.03.2014 **Krim-Krise: SPD-Netzwerker laden Gysi aus.** Gespräch wegen unterschiedlicher Positionen zum Ukraine-Konflikt abgesagt: „keine Ansatzpunkte mehr“ / Gabriel attackiert Wagenknecht.
Süddeutsche Zeitung (SZ) 19.03.2014: **Koalitionssignale wie von einer Discokugel.** Rot-Rote Annäherung war einmal. In der Krim-Krise will die SPD zwar mit Putin im Gespräch bleiben, mit Linken-Chef Gysi soll hingegen nicht mehr debattiert werden. Stattdessen gehen die Sozialdemokraten auf Schmusekurs mit der Union.
- 10 Im ND vom 14.03.2014 wird unter der Überschrift **Keine Krim-Krise bei der LINKEN** berichtet, daß der Streit in der Fraktion Der Linken zwischen denjenigen Abgeordneten, die die Annexion der Krim als einen „**Bruch des Völkerrechts ohne Wenn und Aber**“ bezeichnen und denjenigen, die »**ein größeres Verständnis für Rußlands Vorgehen zeigen**«, durch einen faulen Kompromiß zwischen den Freunden des Völkerrechts und den Freunden Putins aus dem Weg geräumt wurde: „**Daß Putins Vorgehen völkerrechtswidrig war**“, so Stefan Liebich, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, „**ist ebenso Konsens, wie die Kritik am Vorpreschen der NATO.**“ Dadurch können beide Seiten nun Sarah Wagenknechts Empfehlung problemlos zustimmen: »**man müsse das Ergebnis des Referendums auf der Krim akzeptieren**«.
- 11 FAZ 25.03.2014: **Gabriel kritisiert von der Leyen für Äußerungen zu Nato-Präsenz.** „Die Debatte steht nicht an“ / Die Koalition und die Krim-Krise. – Inzwischen hat Gabriel laut Ruhr Nachrichten (RN) vom 15.05. bereits die nächste rosa-rot-grüne Kurve angepeilt: »**Gestern sprach auch SPD-Chef Sigmar Gabriel plötzlich wie zuvor schon Schröder von Fehlern, die die Europäische Union in der Ukraine gemacht habe. „Es war sicher nicht klug, in der Ukraine den Eindruck zu erwecken, sie müsse sich zwischen Rußland und der EU entscheiden.“**«

Auf einem ND-Foto¹² halten »**proukraiische Demonstranten**« Transparente gegen die Annexion der Krim in die Höhe, auf denen laut Übersetzung in der Bildunterschrift zu lesen ist: „**Das Referendum [im Osten der Ukraine] ist ein Schritt zum Krieg**“. Auf einem daneben hochgehaltenen nicht übersetzten Transparent steht zu lesen: „**Putin – ne Rossiya**“ [Putin ist nicht Rußland]. Beide Parolen drücken einander ergänzend die Befürchtungen und gemeinsamen Interessen der Völker Europas einschließlich Rußlands gegenüber dieser sich neu formierenden Supermacht aus. Putin ist nicht Rußland – und Assad nicht Syrien!

II

März, April

Zunächst ist festzuhalten, daß die 2008 über die Welt des Kapitals (und die bedrohte Lebenswelt des Juchtenkäfers) hereingebrochene und weiter andauernde Weltwirtschaftskrise anders als die deutsche Energiepolitik kein politisch verschuldetes Desaster darstellt, sondern unmittelbar aus den Widersprüchen der Verwertungsbedingungen des Kapitals herröhrt und daß diese Krise entweder durch die Wiederherstellung radikal verbesserter Verwertungsbedingungen oder durch eine Produktionsweise, die keine Krisen mehr hervorruft, überwunden werden kann. Ihre ökonomischen Ursachen sind daher in der kapitalistischen Produktionsweise selbst angelegt. Dagegen soll nach Auffassung linker (wie rechter) Keynesianer nicht etwa mit dem Kapital und seinen Verwertungsbedingungen, sondern mit dem ‚Neoliberalismus‘, einem bestimmten Modus der kapitalistischen Produktionsweise gebrochen werden; d.h. ,die Politik‘, genauer der Staat soll durch die Verringerung des Zinssatzes (wovon hauptsächlich die Börsenspekulanten profitieren) und die Erhöhung der Kaufkraft der Konsumenten (wobei aber nur noch solange Kapital produziert wird, wie keine Deflation eintritt) unverzüglich Gegenmaßnahmen einleiten, die statt des erhofften ‚Wachstums‘ aber wahrscheinlich bewirken werden, daß Deutschland immer tiefer in den Untiefen des staatsmonopolistischen Kapitalismus (Stamokap) versackt.

Inzwischen sind die ‚staatlichen Rettungsmaßnahmen‘ längst über die Rettung einzelner Pleitebanken durch die unfreiwillige finanzielle ‚Anteilnahme‘ ihrer Sparer und Einleger an dem ganzen Desaster hinausgegangen, die (das hat man aus der großen Weltwirtschaftskrise vor 80 Jahren gelernt) auf den von den ‚führenden Industrienationen‘ einberufenen Sondergipfeln pan-europäische bis kosmopolitische Dimensionen erreicht haben. Die tief geschockte deutsche Wirtschaft – hat Marx vielleicht doch recht gehabt? – soll durch Keynesianische Beschäftigungsprogramme (gemeint ist damit in erster Linie die ‚Beschäftigung‘ des keine profitträchtigen Anlagenträger mehr findenden überschüssigen Kapitals) und durch die staatlich verordnete vorzeitige ‚Abschreibung‘ des produzierten gesellschaftlichen Reichtums (siehe Abwrackprämie, Energiewende usw.) vor dem schleichenden Gift der Deflation und dem drohenden Absturz in die Große Depression bewahrt werden. Das alles in Verbindung mit der Parole: ‚Rettung der Umwelt‘ (vor der übermäßigen Gefräßigkeit des Kapitals) und ‚Rettung des Kapitals‘ (vor dem drohenden allumfassenden Bankrott der Weltwirtschaft) und das ganze finanziert durch das Besteuer von allem und jedem, was der Mensch, speziell der lohnarbeitende, durchschnittlich so zum Leben braucht, einschließlich der Luft zum Atmen!

Aber muß dieses nach dem Vorbild der 30er Jahre durchgeführte Ökostamokap-Programm vor dem politischen Hintergrund der Heimholung der Krim in Putins großrussisches Imperium dann nicht

dazu führen, daß sich das Kapital nur noch durch den offenen Faschismus vor den Folgen dieser Weltwirtschaftskrise wird retten können, indem Europa wie Italien und Deutschland in den 20er Jahren wieder zum faschistischen Modus der bürgerlichen Gesellschaft zurückkehrt? Anzeichen dafür meint der Bochumer Historiker Plaggenborg in der frappierenden Ähnlichkeit der Formen Putinscher Selbstinszenierungen mit denjenigen Mussolinis bzw. darin zu entdecken, daß es sich heute wie vor über 80 Jahren dabei um ein »**antiwestliches Modell handelt**«, das »**von zahlreichen Intellektuellen in Rußland getragen wird**«, während Moskau gleichzeitig »**auf eine Internationale der Rechten**« setzt.¹³ Nur, ist das ein Widerspruch? Und warum nur die Intellektuellen »**in Rußland**«? Betrachten nicht auch in Deutschland »**zahlreiche Intellektuelle**« in ihren ‚emanzipatorischen‘ Fieberträumen Rußland als das Hinterland oder gar den Verbündeten in ihrem Kampf gegen den ‚westlichen‘ ‚Neoliberalismus‘?¹⁴

Daß der »**Übergang vom Kommunismus zum Nationalismus**«, wie Plaggenborg zu bedenken gibt, bereits in der Stalinschen Sowjetunion angelegt war, ist keine Frage. Ebensowenig, daß der erneute »**Übergang**« Rußlands zur Welthegemonialmacht heute nur »**mit der Wiedererlangung des Imperiums**« verbunden sein würde. Nur daß dieser »**Übergang**« einfach nur »**ideologisch**« ein wenig »**weiter rechts verortet**« sein wird, ist eine allzu grobe Vereinfachung, mit der Stalins und Putins »**Nationalismus**« über einen Kamm geschoren werden. Denn was heißt: »**weiter rechts**«? Der »**Übergang vom Kommunismus zum Nationalismus**« war in Stalins Politik, was die *Nationale Frage* und *Bauernfrage* betrifft, bereits vor 1917 theoretisch angelegt und zwar ‚links‘ von Lenins Verteidigung des *Selbstbestimmungsrechts der Nationen* und der (allerdings inkonsequenter und politisch folgenlos bleibenden) Bestimmung der russischen Bauern zum revolutionären Subjekt.¹⁵ Dieser »**Übergang**« fand mit der Liquidierung der *Bauernfrage* Anfang der 30er Jahre als Bruch mit der Leninschen Oktoberrevolution und als »**Übergang**« zur Stalinschen Konterrevolution seine entscheidende politische Fortsetzung. Ihm folgte die 1939 von

13 FAZ vom 21.03.2014 **Die Faschisten sitzen im Kreml. »Putin inszeniert sich wie Mussolini. Der Führer ist das System. Man muß nur die Bilder nebeneinanderhalten, um die Parallele zu bemerken. Führerschaft und Virilität gehen zusammen: Mussolini halbnackt bei der Ernte, Putin halbnackt beim Angeln, das ganze Bildprogramm des Faschismus...«** Als Indiz für das Vorhandensein weiterer historischer Parallelen wertet Plaggenborg, daß, »während man OSZE-Beobachter von der Krim jagt, Vertreter der rechten Parteien Westeuropas, etwa der Front National in Frankreich, eingeladen (werden), den „Wahlen“ beizuwohnen. Wenn das mehr ist als eine Provokation, dann öffnet sich hier eine europäische Perspektive, die Rußland, zum Zentrum einer rechten Bewegung macht.«

14 Herausragende Beispiele für derartige politische Träumereien liefert Tag für Tag die Internet-Plattform *Scharf Links* (SL), auf der viele sich ‚links‘ von der DKP und der Partei Die Linke positionierende Gruppen und Organisationen, einschließlich einer Fraktion der Trotzkisten, ihre ‚anti-kapitalistischen‘ Statements abgeben. So werden bspw. in einem Beitrag vom 27.03.2014 die Leser um ihre Unterschrift unter eine Petition an Herrn Putin gebeten: »**Sehr geehrter Herr Präsident, Sie haben bereits vor knapp vier Jahren für eine Wirtschaftsgemeinschaft von Lissabon bis Wladiwostok geworben. Sie wäre die ökonomische Basis für das „Gemeinsame Haus Europa“.** Die Ukraine könnte eine ideale Brückenfunktion für die künftige Kooperation zwischen der von Ihnen angestrebten Eurasischen Union und der Europäischen Union einnehmen. Nicht zuletzt in kultureller Hinsicht.« Den beiden ‚Aktivisten‘ scheint entgangen zu sein, daß erstens für große Teile des deutschen Kapitals dieses „**Gemeinsame Haus Europa**“ in ökonomischer »Hinsicht« längst Realität ist (Rußlandgeschäft) und dieses nur noch auf seine politische Vollendung wartet. Und daß zweitens der Adressat seit langem die Nachbarstaaten Rußlands mit ökonomischen Mitteln (Gaslieferungen) politisch erpreßt, dieser also für die Herstellung des „**Gemeinsame(n) Haus(es) Europa**“ keiner zusätzlichen Aufmunterung von seiten deutscher Putin-Verehrer bedarf. Noch ist der Zeitpunkt für das vorsorgliche Einsammeln von Unterwerfungserklärungen ein wenig verfrüht; denn noch mangelt es dem Adressaten an der dazu erforderlichen militärischen Durchschlagskraft. Aber kommt Zeit, kommt Putin.

15 Vgl. **Ernst-Ulrich Knaudt: Fünf Briefe ohne Adresse – und eine Fahrkarte nach Sibirien.** Bakunin – Marx vs. Marx – Černyševskij, in: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge 2012, 60.

Stalin und Hitler (in dem geheimen Zusatzprotokoll) vereinbarte Vierte Polnische Teilung und schließlich seine kontinentale Entfaltung auf den Spitzen der Bajonette der Sowjetischen Armee nach dem extrem opferreichen Zurückrollen des deutschen Faschismus bis an die Elbe. Daran gemessen ist Putin, der Politiker ebensowenig wie das Putinsche Rußland, nicht einfach nur eine Kopie Stalins oder der Stalinschen Sowjetunion. Putins Operetten-Zarentum stellt sich viel eher als die verkleinerte Kopie der russischen Zarenherrschaft und der *Auswärtigen Politik des russischen Zarentums* dar. Der über die Jahrhunderte fortbestehende Drang der russischen Zaren nach Süden sollte durch die Eroberung Zaregrads (Konstantinopels) und die Errichtung einer orthodoxen Universalherrschaft bis nach Jerusalem gekrönt werden, um der Sperrung der russischen Rohstoffausfuhren (Getreide) durch den ‚Westen‘ (England und Frankreich) am Bosporus zuvorkommen (Krim-Krieg).¹⁶ Heute sind der ‚Westen‘ (durch die russischen Erdgasrohre) an Rußland und Rußland (durch den Devisen bringenden Verkauf seiner Rohstoffe) im doppelten Wortsinn aneinander gekoppelt und Rußland, wie der Besitz des syrischen Hafens Tartus und der von Rußland unterstützte Krieg gegen die syrische Bevölkerung zeigt, heute im Vergleich zum 19. Jahrhundert nicht nur geographisch schon ein ganzes Stück weiter.

Aber dennoch ist Putin nicht Stalin und auch nicht Hitler. Mit seiner Propaganda von einem angeblich Rußland bedrohenden ‚faschistischen Krieg der Nato‘ versucht er die russische Bevölkerung zu bluffen,¹⁷ um sich diese gefügig und gleichzeitig vergessen zu machen, daß die industrielle Basis, die Hitler vor 70 Jahren zur Verwirklichung seiner Pläne der Unterjochung Europas und der restlichen Welt zur Verfügung stand, in keinem Verhältnis zu der heutigen unterentwickelten industriellen Basis Rußlands steht. Sollte Putin nach der Krim weitere Teile der Ukraine, die bekanntlich eine wichtige verlängerte Werkbank Rußlands darstellt, einkassieren wollen (was offenbar nur noch eine Frage der Zeit zu sein scheint, nachdem seit Ende März sog.

16 Friedrich Engels schreibt in seinem Aufsatz aus dem Jahr 1890 über *Die auswärtige Politik des russischen Zarentums*, MEW 22 (13-48), 41, zu den Chancen Rußlands, Konstantinopel einzunehmen: »Die großen Militärmächte des Kontinents spalteten sich in zwei große, einander bedrohende Feldlager: Rußland und Frankreich hier, Deutschland und Österreich dort. Um diese beiden haben die kleineren Staaten sich zu gruppieren. Das aber bedeutet, daß das russische Zarentum den letzten großen Schritt nicht tun, von Konstantinopel nicht wirklich Besitz ergreifen kann ohne einen Weltkrieg mit ziemlich gleich verteilten Chancen, dessen letzte Entscheidung wahrscheinlich nicht von den beiden, den Kampf eröffnenden Parteien abhängen wird, sondern von England. Denn ein Krieg, wo Österreich und Deutschland gegen Rußland und Frankreich kämpfen, schneidet den ganzen Westen von der russischen Kornzufuhr zu Lande ab. Alle Länder des Westens aber leben nur von der Kornzufuhr vom Ausland. Diese könnte also nur zur See erfolgen, und Englands Überlegenheit zur See erlaubt ihm, sowohl Frankreich wie Deutschland auch diese Zufuhr abzuschneiden, also jenes wie dieses auszuhungern, je nachdem es sich auf diese oder jene Seite schlägt. Um Konstantinopel aber zu kämpfen in einem Weltkrieg, worin England den Ausschlag gibt – das ist genau die Lage, die zu vermeiden die russische Diplomatie seit hundertfünfzig Jahren gearbeitet hat. Also eine Niederlage.« Man brauchte eigentlich nur die damalige weltbeherrschende Rolle Englands durch die bisherige der USA und die wirtschaftliche Bedeutung der russischen Getreide- durch die der Gaslieferungen auszutauschen, und schon wäre das Bild komplett. Allerdings paßt dieser historische Vergleich nur solange, wie die neue Weltmacht China außen vor bleibt, was aber spätestens seit der Unterzeichnung des russisch-chinesischen Erdgasabkommens am 22.05.2014 nicht mehr möglich ist.

17 FAS 18.05.2014 **Ein Tag im russischen Staatsfernsehen.** Ist Frau Wurst ein Rabe? Sind alle Ukrainer Faschisten? Bin ich in Putins Kopf? Ein Protokoll. – Abgesehen von dieser aufschlußreichen feuilletonistischen Aufbereitung der politischen Propaganda im russischen Staatsfernsehen ist auch bemerkenswert, wie präsent die deutsche Linke im russischen Fernsehen ist: Im Nachrichtenkanal Rossija 24 »...spricht die deutsche Politikerin Heike Hensel [MdB] (Die Linke) über Kiewer Faschisten. Etwas später erklärt Gregor Gysi russischen Journalisten, daß der Westen noch nichts begriffen habe und sich zu der Ukraine anders verhalten müsse. Darauf folgt der nächste Beitrag aus der Ukraine. Diesmal sind es verwackelte Handyaufnahmen, die „erneute Schießereien von bezahlten Soldnern auf unbewaffnete Menschen“ beweisen sollen.«

,aufgebrachte Bürger‘ in Tarnuniformen mit fehlenden nationalen Abzeichen Regierungsgebäude in der Ostukraine besetzt halten¹⁸), dann müßte ihm eigentlich von seiten ‚des Westens‘ (der auf die Ost-Ukraine, Transnistrien und Moldawien wie das Kaninchen auf die Schlange starrend hofft, daß Putins imperialistischer Coup gegen die Krim eine Eintagsfliege bleibt) eine adäquate Antwort zuteil werden, um die sich der ‚Westen‘ wie dereinst im Krim-Krieg gegen das russische Zarentum mit allen erdenklichen Ausreden und so lange wie möglich herumzudrücken sucht!¹⁹ Dafür hat schon mal die anti-,westliche‘ Linke im Gleichtakt mit der Putinschen Anti-Kriegs-Propaganda gegen die ‚westlichen‘ Kritiker Rußlands eindeutig Stellung bezogen. Nicht anders übrigens – hier paßt der historische Vergleich problemlos – als zu Marxens Zeiten ein gewisser *Herr Vogt* »die völkerbefreienden Tendenzen Louis Bonapartes ... mit derjenigen Rußlands auf das engste verbunden« sah, was Vogt »keine Zweifel über die völkerbefreienden Tendenzen Alexanders II. gestattet(e)«.²⁰ Wenn auf Putin überhaupt ein Vergleich zutrifft, dann der Vergleich mit Louis Bonaparte; denn noch befindet sich der russische Millionärsclub nicht (wie in Aserbaidschan) in der Erbfolge einer Dynastie, noch ist Putin nicht Zar.

Zu den von den USA und der EU gegen Putins Millionäre im März eingeleiteten Sanktionen, dessen Mitglieder sich vornehmlich aus dem KGB Leningrads rekrutieren,²¹ muß ‚der Gerechtigkeit halber‘ hinzugefügt werden, daß dieser selbstverständlich nicht der einzige Millionärsclub auf der Welt ist.²² Da aber der Reichtum aller Millionärsclubs, ob in Ost oder West, auf der

18 Die ZDF-Korrespondentin erzählte in *heute journal* vom 07.04., sie hätte bei der Besetzung von öffentlichen Gebäuden in Charkiv und Donezk durch ‚aufgebrachte Bürger‘ das *dejà vu* des Maidan von Kiew erlebt. War das Ironie? Aber wie paßt damit zusammen, daß sie unter den ‚Aktivisten‘ auch solche getroffen haben will, die, wie sie sagt, mit ziemlicher Sicherheit schon in Simferopol auf der Krim dabei gewesen sind? Wollte sie den Zuschaubern also durch die Blume mitteilen, daß diese ‚Aktivisten‘ eigentlich ausgesuchte Profis sind oder will sie ernsthaft behaupten, daß gegenwärtig in der Ost-Ukraine ein vergleichbarer Bürgerprotest wie auf dem Maidan stattfindet? Von seiten der ukrainischen Regierung hätte sie jedenfalls nicht befürchten müssen, ihre Beglaubigung entzogen zu bekommen, wenn sie an dieser Stelle Klartext geredet hätte. So bleibt nur die Vermutung, daß sie sich und ihre Zuschauer auf die typisch deutsche kriecherische Tour schon einmal mental auf einen russischen *regime change* in der Ostukraine einstimmen wollte.

19 Friedrich Engels: **Der europäische Krieg** MEW 10 (3-8), 7. In diesem am 02.02.1854 in der *New York Tribune* erschienenen Artikel ist d.A. skeptisch, ob die englisch-französische Koalition nach Monaten erfolgloser Diplomatie zu einer energischen Kriegsführung bereit sei. Wenn »ein allgemeiner Krieg ausbricht, wird man den Befehlshabern solche Fesseln anlegen, daß sie vollständig gelähmt sind. Sollten trotzdem entscheidende Siege errungen werden, so wird man sich bemühen, sie dem reinen Zufall zuzuschreiben und ihre Folgen so harmlos wie möglich für den Feind zu gestalten. ... Solange sich der Krieg jedoch auf die westlichen Mächte und die Türkei auf der einen Seite und Rußland auf der anderen Seite beschränkt, wird er kein europäischer Krieg sein, wie wir ihn nach 1792 gesehen haben.« Ein Krieg, den Marx und Engels allein als legitim ansehen. »Ist er jedoch erst einmal ausgebrochen, so wird die Untätigkeit der Westmächte und der Tatendrang Rußlands bald Österreich und Preußen dazu zwingen, sich für den Autokraten zu entscheiden.« Nicht viel anders als heute ein ähnlicher Druck auf die deutsche Diplomatie ausgeübt wird. »Doch wir dürfen nicht vergessen, daß in Europa noch eine sechste Macht existiert, die in bestimmten Augenblicken ihre Herrschaft über die gesamten fünf Großmächte behauptet und jede von ihnen erzittern läßt. Diese Macht ist die Revolution.«

20 Vgl. BL113, 12.

21 FAZ 20.03.2014 **Das System Putin**. Nur eine Handvoll von Vertrauten hat Zugang zum Präsidenten. Wer dem Westen zu nahe steht, gilt als suspekt; FAZ 22.03.2014 **Die lustigen Genossen von Osero**. Viele Männer, die auf der amerikanischen Sanktionsliste stehen, kennen sich aus einer Datschensiedlung nahe St. Petersburg. Dort hat auch Putin viel Zeit verbracht.

22 FAZ 31.05.2013 **Der Club der deutschen Millionäre ist um 9 Prozent gewachsen**. Aktienhausse läßt die Vermögen international steigen / Studie von Boston Consulting. – Nach dieser Studie nimmt Deutschland mit der Anzahl seiner Millionäre, nach den USA, Japan und China weltweit den siebten und in Europa den dritten Platz ein, während Rußland nicht unter den ersten 15 Ländern rangiert. Dafür steht Rußland aber unter den Ländern, deren

Mehrwertproduktion des Kapitals beruht, verbietet es sich von selbst, den einen gegen den anderen ausspielen oder begünstigen zu wollen. Vor dem Kapital sind alle Millionärsclubs gleich; sie unterscheiden sich auf Grund des ungeschriebenen kapitalistischen Gravitationsgesetzes ausschließlich durch die Millionenschwere ihrer Clubmitglieder und diese wiederum durch die Größe des von ihnen zusammengerafften Reichtums.²³

Nur in einem Punkt besteht zwischen den östlichen und den ‚westlichen‘ Millionärsclubs ein nicht ganz unwichtiger Unterschied: nämlich darin, daß die Konkurrenz die ‚westlichen‘ Kapitalisten zwingt, ihre Profite auf möglichst legale Weise zu ‚erwirtschaften‘ (wenn ihnen das auch höchst selten ‚gelingt‘), sodaß sie sich bei deren Verteilung unter die einzelnen Kapitale den in Gesellschaften mit kapitalistischer Produktionsweise üblichen Gesetzen (zwecks Vermeidung eines *bellum omnium contra omnes*) unterwerfen müssen, während in der Welt des Putinschen (halb-)asiatischen Kapitalismus die im ‚Westen‘ systembedingt wirksame Konkurrenz (sogar die Konkurrenz zwischen den größten ‚westlichen‘ Weltmarktmonopolen) durch den oligarchischen Staat gelenkt und im Zweifelsfall unterdrückt und durch eine korrupte politische Justiz (denken wir nur an die Prozesse gegen die Millionäre Chodorkowskij oder Timoschenko) zugunsten eines einzigen Clubs von Millionären ausgeschaltet wird. Hier findet der gesellschaftliche **»Ausgleichungsprozeß der Kapitale«²⁴** zwecks Verwandlung des Mehrwerts in Profit nicht in gesellschaftlicher Form, sondern organisiert und gesteuert vom Staatsmonopol einer einzigen Clique von Kapitalbesitzern und ihrer Politiker auf private Rechnung desjenigen Millionärsclubs statt, der wie in Rußland beim Wettrennen um die private Aneignung von ehemals ‚sozialistischen‘ **»Regierungsunternehmungen«** als Sieger übrig geblieben ist.²⁵ Dieser (halb-)asiatische Stamokap stellt einen Rückfall von der ‚westlichen‘ kapitalistischen Produktionsweise (d.h. der **»Verwandlung des wirklich fungierenden Kapitalisten in ... bloße Geldkapitalisten«**) in frühere Formen des Kapitalismus (**»Regierungsunternehmungen«**) dar, die im ‚westlichen‘ Kapitalismus eigentlich als überwunden gelten (sollten).²⁶

Vermögensbesitzer ein Geldvermögen von mehr als »\$100 Million in private financial wealth«, d.h. einen für Anlageberater hoch interessanten „ultra-high-net-worth (UHNW)“ aufweisen, hinter den USA, Großbritannien und Deutschland an 4. Stelle. Ein deutlicher Hinweis darauf, wie unterschiedlich die Millionen innerhalb der ‚westlichen‘ und ‚östlichen‘ Millionärsclubs verteilt sind, woraus auf einen unterschiedlich ‚strukturierten‘ Kapitalismus zu schließen wäre.

23 Vgl. Karl Marx im Dritten Band von **Das Kapital** MEW 25, 452 f. zur Entstehung von Aktiengesellschaften und zur Unterscheidung zwischen den »bloße(n)Geldkapitalisten« und den »fungierenden Kapitalisten«, die er wie folgt charakterisiert: »Ungeheure Ausdehnung der Stufenleiter der Produktion und Unternehmungen, die für Einzelkapitale unmöglich waren. Solche Unternehmungen, die früher Regierungsunternehmungen waren, werden gesellschaftliche.« Daraus folgt die »...Verwandlung des wirklich fungierenden Kapitalisten in einen bloßen Verwalter fremdes Kapitals, und der Kapitaleigentümer im bloße Eigentümer, bloße Geldkapitalisten. ... In den Aktiengesellschaften ist die Funktion [des Kapitalisten] getrennt vom Eigentum an den Produktionsmitteln und an der Mehrarbeit.« Diese Trennung kennzeichnet alle kapitalistischen Millionärsclubs.

24 MEW 25, 836.

25 MEW 25, 452: »Solche Unternehmungen zugleich, die früher Regierungsunternehmungen waren, werden gesellschaftliche.« Eine solche Metamorphose der sowjetischen »Regierungsunternehmungen« durch ihre Rückverwandlung in »gesellschaftliche Unternehmungen« von miteinander konkurrierenden Millionären wird von der Putin-Regierung im Interesse seines eigenen Millionärsclubs mit allen erdenklichen Mitteln torpediert.

26 Wobei Marx, MEW 25, 452,453, die Trennung der Funktion des Kapitaleigentümers vom Kapitaleigentum als »Resultat der höchsten Entwicklung der kapitalistischen Produktion« und gleichzeitig als notwendigen »Durchgangspunkt zur Rückverwandlung des Kapitals in Eigentum der Produzenten« ansieht, d.h. »aller mit dem Kapitaleigentum bisher noch verknüpften Funktionen im Reproduktionsprozeß in bloße Funktionen der assoziierten Produzenten, in gesellschaftliche Funktionen.« An diesem »Durchgangspunkt« ist die ‚westliche‘ Linke jedoch nicht interessiert. Statt dessen kämpft sie wie gegen Windmühlenflügel gegen etwas, was in »der kapitalistischen Produktion« ohnehin »innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise selbst«

Für die Mehrheit der Bevölkerung unterscheiden sich Staaten unter der Herrschaft ‚westlicher‘ und unter der östlicher Millionärsclubs aber hauptsächlich darin, daß sich die ‚westlichen‘ im Kampf um die ständig wechselnde Regierungsgewalt systembedingt in den Haaren liegen, während dieser Kampf in Rußland (oder China) mit Hilfe eines riesigen Polizei- und Propagandaapparats zugunsten eines einzigen Millionärsclubs einmalig entschieden wurde und diese Entscheidung auch ständig gegen die ‚Zivilgesellschaft‘ verteidigt und gewaltsam abgesichert werden muß. Die Herrschaft der ‚westlichen‘ Millionärsclubs wird von den Politologen als ‚Pluralismus‘, die des ‚östlichen‘ als ‚Oligarchie‘ bezeichnet. Im ‚Westen‘, hat das Volk die Wahl, politisch zu entscheiden, welcher Millionärsclub für absehbare Zeit die Regierungsgewalt übernehmen wird (die Wallstreet oder die texanischen Ölbarone beispielsweise), im Osten steht für die vom Geheimdienst ‚getürkten‘ Wahlen seit den Zeiten Stalins bis zum heutigen Tag de facto immer nur eine Partei auf den Stimmzetteln; heutzutage in der etwas aufgelockerterer Form als eine von der Regierung auf mehrere Parteien verteilte Einheitspartei. Im ‚Westen‘ findet trotz aller den Papierkorb zum Überquellen bringenden politischen Scheinauseinandersetzungen ein echter Kampf um ‚des Volkes Stimme‘(n) statt. Darin kann das Volk, ein Minimum an politischer Bewußtheit vorausgesetzt, seine politische Fähigkeit üben, zwischen reinen Scharlatanen einerseits und mit einem Mindestmaß an Professionalität ausgestatteten und weniger korrupten Politikern andererseits seine Wahl zu treffen und seine Stimme denjenigen zu geben, die es ihrer für wert erachtet. Wobei ohnehin jedem politisch aufgeklärten Menschen klar ist, daß nur der Millionärsclub gewinnen wird, dem es gelingt, die Mehrheit aller an dem Wahlkampf beteiligten Millionäre von den Vorteilen seines Kandidaten zu überzeugen. Putins Millionärsclub hat die Wahl bereits gewonnen, bevor sie überhaupt stattfindet. Die russische Duma gleicht einem von Abnickern belegten Schlafwagen und einem Verein von Putin-Claqueuren. Nur wenn es der Regierung ausnahmsweise nicht gelingt, gegen Millionäre, die aus der Reihe tanzen und ‚das Volk aufhetzen‘, *tabula rasa* zu machen, dann hat der Staatsapparat mit allen erdenklichen Tricks dafür zu sorgen, daß bei den Wahlen am Ende wieder die bekannten 98% herauskommen werden. Im übrigen gibt es für das ‚westliche‘ Kapital keine bessere negative Bestätigung der ‚westlichen Demokratie‘ und der Überlegenheit der kapitalistischen Produktionsweise als der schlechte Eindruck, der von der Alleinherrschaft östlicher Oligarchen-Cliquen ausgeht. Der Anfang vom Ende der DDR begann mit einer nicht mehr zu verschleiern gewesenen Wahlfälschung. Zwar will das Volk bei den im ‚Westen‘ veranstalteten Wahlen betrogen sein (*mundus decipi*), weil es weiß, daß es betrogen wird, aber es will in dieser Farce so mitspielen, daß es für einen winzigen Moment das Gefühl hat, als Mitspieler akzeptiert und ausnahmsweise ernst genommen und nicht zum politisch verblödeten Opfer dummdreister Täuschungsmanöver degradiert zu werden.

Der Beschuß der Regierungschefs der EU und der USA vom 24.03.2014, den für Juni in Sotschi

tagtäglich stattfindet: gegen die Enteignung des »**Privatkapital(s)**« durch das (kapitalistische) »**Gesellschaftskapital**« und ignoriert dabei vollständig, daß es diese Verhältnisse sind, die von den künftig sich assoziierenden unmittelbaren Produzenten nicht mehr eigens aufgehoben werden müssen. Weil sie aber gleichzeitig damit das »**Privatkapital**« als eine ‚westliche‘ Erfindung betrachtet, die den ‚östlichen‘ Millionärsclubs (zu Recht!) als Bedrohung ihrer oligarchischen Herrschaft erscheinen muß, ignoriert sie auch komplett in ihrem Kampf gegen den von ihr verteufelten ‚Neoliberalismus‘ die »**innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise selbst**« angelegte »**Aufhebung des Kapitals als Privateigentum**« usw. Nirgends zeigt sich deutlicher und eindeutiger der Gleichklang zwischen den Interessen der ‚westlichen‘ Linken mit denjenigen östlicher Oligarchien. Beide bekämpfen den Kapitalismus in den Grenzen, in denen er sich bereits in einem permanenten Prozeß seiner Selbstaufhebung befindet und verteidigen mit den sich in ständiger Auflösung befindlichen östlichen »**Regierungsunternehmungen**« eigentlich bereits untergegangene Produktionsformen, durch deren Wiederherstellung dieser Prozeß verzögert oder gar rückgängig gemacht werden soll.

geplanten G8-Gipfel zu stornieren und diesen vorher ohne Rußland in Brüssel stattfinden zu lassen,²⁷ ist ein unzweideutiges Signal des ‚westlichen‘ Kapitals an die russischen Oligarchen, sich bitte doch freundlichst an die ‚Vereinssatzung‘ aller Millionärsclubs auf der Welt zu halten. Ansonsten drohe Rußland der ökonomische Boykott, auf den der politische Bankrott wie in der Ukraine früher oder später folgen werde. Noch wird Putins Coup auf der Krim von seinen ‚westlichen Partnern‘ als Kavaliersdelikt behandelt, weil für beide Seiten auch ‚ökonomisch viel auf dem Spiel steht‘, noch wird von diesen, an vorderster Front von der deutschen Diplomatie, die Illusion einer Verhandlungslösung ‚auf Augenhöhe‘ aufrechterhalten. Und noch wird die Heimholung der Krim (so wie Hitlers Heimholung Österreichs zunächst, auch von Stalin, als ‚Korrektur‘ der in der Revolution von 1848 von den Großmächten Deutschlands und Europas verhinderten Einigung Deutschlands mit einem gewissen Wohlwollen betrachtet wurde) als einmaliger Unfall der russischen Diplomatie und noch nicht als entscheidender Wendepunkt in der Politik Rußlands gegenüber Europa interpretiert. Die alles entscheidende Frage ist, ob Putin nach dem bisherigen Einsammeln der ‚russischen Erde‘ in Abchasien, Süd-Ossetien und nun auf der Krim und wohl bald in Transnistrien und Schritt für Schritt in der gesamten östlichen Ukraine dann auch entschlossen sein wird, seine Einkreisungspolitik Europas im gleichen Tempo fortzusetzen oder ob diese Politik, ähnlich wie in der Vergangenheit die Politik der USA im Irak, immer tiefer im Schlamm des am russischen Außenposten in Syrien geführten schmutzigen Rassenkriegs des Assad-Regimes gegen die syrische Bevölkerungsmehrheit steckenbleibt.

Nicht zuletzt auch aus diesem Grund wird Putin auf die Rekrutierung möglichst vieler linker (und rechter) Quislinge, vieler Assanges, Snowdens, Le Pens und Mélanchons oder Tsipras oder Chauprades und tutti quanti großen Wert legen, um sie bei sich bietender Gelegenheit als politische Brandbeschleuniger in die ‚Klassenkämpfe in West-Europa‘ zu werfen.²⁸ In Putins vierstündigem ‚Wer-wird-Rußlands-neuer-Zar‘-Frage-und-Antwortspiel im Russischen Staatsfernsehen am 17.04. durfte stellvertretend für all seine weltweit agierenden Mitkämpfer Herr Snowden („unter Kollegen“, wie Putin in seiner Antwort huldvoll ironisch hinzufügte) die Frage stellen, ob denn auch in der Sowjetunion – Sorry, in der Russischen Föderation – die Geheimdienste ihre Bürger so unverschämt wie in den USA ausspionieren dürfen? Die bereits in der Fragestellung implizierte Antwort lautete: Selbstverständlich nicht, Mr. Snowden! Dazu hat Rußland gar nicht die technischen Mittel. Und außerdem, wenn dem so wäre, hier tut man so etwas nicht.²⁹ Wir zapfen

27 FAZ 25.03.2014 **Der Westen will Rußland weiter isolieren.** G-8-Format ausgesetzt /Obama: Moskau wir den Preis zahlen / Gabriel tadelt von der Leyen; FAZ 26.03.2014 **Kein Stuhl mehr frei am Tisch der Mächtigen.** Putin wird aus Sicht der G7 lange Zeit ein Aussätziger bleiben. Doch wenn sein Appetit gestillt ist, muß Rußland wohl keine weiteren Sanktionen befürchten.

28 Laut FAZ vom 22.04.2014 registriert der Verfassungsschutz eine zunehmende Rekrutierung von »**Personal aus dem Umfeld des Bundestages**«, von »**Referenten und wissenschaftliche(n) Mitarbeiter(n) deutscher Politiker sowie von Stiftungen und Ministerien**« durch »**russische Agenten**«. Wenn das nicht nur eine Zweckmeldung war, mit der eine durch die Geheimdienstoffären der letzten Monate angeschlagene Behörde ihre politische Unersetzbarkeit unter Beweis stellen möchte, wäre daraus zu entnehmen, daß Rußland sich verstärkt um politischen Einfluß in Europa bemüht. Bei Licht betrachtet erinnert das aber eher an James Bond und das 20. Jahrhundert. Als sehr viel wirksamer ist dagegen der Versuch der Putinschen Propaganda zu bewerten, sich über professionelle PR-Firmen in die *social media* einzuklinken. Sehr informativ ist BILD vom 07.05.2014: Facebook-Fake und Shitstorm für den Westen. **Putins Propaganda-Parade.** – Hier werden die Falschmeldungen aufgelistet, mit denen z.B. die Aktivitäten von fiktiven faschistischen Gruppen im Osten der Ukraine in den sozialen Medien bewiesen werden sollten, die von ukrainischen Journalistik-Studenten unter dem Link *stopfake* als Fakes entlarvt wurden.

29 FAZ 19.04.2014 **Was sagen Sie, Herr Präsident?** Die alljährliche Fragestunde mit Putin im russischen Fernsehen widmet sich der Krim-Krise. Die Zustimmung der Bevölkerung ist beispiellos. – Siehe auch FAZ 19.04.2014 **Snowden rechtfertigt seine Frage an Putin.** – Darin wird aus einem Beitrag Snowdens für *The Guardian* referiert: Snowden habe mit seiner Frage an Putin »**eine Debatte beginnen wollen, die von Journalisten und**

hier in Rußland nur feindliche Leitungen, etwa die von Frau Timoshenko und Frau Nuland, an...! Zur gleichen Zeit hatte die Welt die Nachricht vernehmen dürfen, daß Rußland, die EU und die USA (ach ja, nicht zu vergessen, die Ukraine!) sich darauf verständigt hätten, alle Besetzer und bewaffneten Gruppen in der gesamten Ukraine, denen dafür Straffreiheit angeboten wird, aufzufordern, die von ihnen besetzten Gebäude und Plätze zu räumen. (Wenn seither die im Osten der Ukraine, anders als die im Westen besetzten Gebäude immer noch nicht geräumt worden sind, liegt das nur daran, weil, wie berichtet wurde, die ‚grünen Männchen‘ in diesem einzigen Punkt einmal nicht mit Herrn Putin übereinstimmen!)

Mit dieser Vereinbarung ist den zwischen den ‚westlichen‘ und östlichen Millionärsclubs verhandelnden Parlamentären erneut wie in Syrien das tolle Kunststück gelungen, Revolution und Konterrevolution problemlos miteinander zu vereinbaren und miteinander auf die gleiche Stufe zu stellen.³⁰ Oder wer soll jetzt noch glauben, daß Putin nach dem von ihm gelandeten Punktsieg auf der Krim weniger entschlossen sein wird, auch die restliche Ukraine ‚Heim ins Reich‘ zu holen? Für seine linken Claqueure im Westen ist das, wie wir gesehen haben, schon lange keine Frage mehr!

III

April, Mai

In der FAZ vom 08.04.2014 behauptet der Hamburger Jura-Professor Reinhart Merkel, daß bei der Annexion der Krim alles mit rechten Dingen zugegangen sei und ‚der Westen‘ schon gar nicht das Recht habe, sich über Putins geglückten Coup zu beschweren. Putin sei dabei äußerst trickreich und bisher auch erfolgreich vorgegangen.³¹ Nicht anders, so Merkel, als ‚der Westen‘ seinerzeit bei der Abtrennung des Kosovo von Jugoslawien. Auch formalrechtlich ginge die Angliederung der Krim an Rußland völlig in Ordnung. Und zwar im Unterschied zur Eingemeindung der baltischen Staaten in die Sowjetunion auf Grund des Hitler-Stalin-Pakts 1939, als Estland, Lettland und Litauen von der Sowjetischen Armee besetzt, deren bürgerliche Regierungen mit Hilfe von Partei und Geheimdienst durch ‚kommunistische‘ Quisling-Regierungen ersetzt wurden und ihnen nach Moskau beordert ‚empfohlen‘ wurde, einen Antrag auf Aufnahme in die UdSSR zu stellen. Hierin bestehe, so Prof. Merkel, ein entscheidender Unterschied zur Vorgehensweise Putins (der sich inzwischen so stark fühlt, in der o.g. Frage-und-Antwort-Sendung ganz offen zuzugeben, daß ohne die Mitwirkung von Geheimdienst und Armee im Hintergrund die Sache auf der Krim auch hätte schief gehen können). Die Rückkehr der Krim nach Rußland ist für Prof. Merkel daher im

Zivilgesellschaft weitergeführt werden soll. In dem vom russischen Geheimdienst für ihn aufgestellten Goldenen Käfig verteilt Snowden also großzügig die Themen für die im ‚Westen‘ zu führenden Debatten. Da ist es relativ gleichgültig, wie die FAZ aus dem Guardian referiert, ob Snowden in Putins Antwort »ernsthafte Ungereimtheiten« entdeckt haben will.

30 Der Tagesspiegel (DT) 18.05.2014: Grünen-Europapolitiker Werner Schulz. „Wir haben Putin unterschätzt, diesen Gewalttäter“ – In einem Interview berichtet Schulz, daß er zum ersten Mal von Putin gehört habe, als »vom Neuen Forum am 6. Dezember 1989 die Stasi-Zentrale in Dresden besetzt« wurde. Als die revolutionären Massen auch die KGB-Zentrale besetzen wollten, sei ihnen »ein Mann mit gezogener Pistole« entgegentreten: »Ich bin Offizier der Roten Armee und bereit, dieses Objekt bis zur letzten Patrone zu verteidigen. Das war Obersleutnant Putin. In Dresden hat Putin Massendemonstrationen erlebt, die ein felsenfest sicher geglaubtes Regime stürzten. Als er später nach Hause zurückkehrte, gab es seine Sowjetunion nicht mehr. Ein Trauma. Seitdem hat Putin panische Angst vor Massenprotesten.« (Es sei denn, er kann sie eigenhändig inszenieren...) Hinzu komme der Phantomschmerz wegen der radikal amputierten Sowjetunion. Siehe auch: BL113.

31 FAZ 08.04.2014 **Die kühle Ironie der Geschichte.** Rußland hat das Völkerrecht gebrochen. Aber man sollte die Kirche im Dorf lassen. Wer am lautesten nach Sanktionen schreit, lenkt nur ab von der eigenen Blamage.

Unterschied zum damaligen militärisch erzwungenen ‚Beitritt‘ der baltischen Staaten zur UdSSR keine Annexion, sondern eine von der Mehrheit ihrer Bewohner gewünschte *Separation* von der Ukraine. *Separationen* seien im Völkerrecht zwar nicht erlaubt, aber auch nicht verboten. Daher habe den Bewohnern der Krim niemand verbieten können, auf ‚Anraten‘ Putins in das russische Imperium zurückzukehren – jedenfalls, wenn man das Völkerrecht wie einen Käse durch seine Löcher definiert und daraus (tauto)logisch schließt, daß darin ein Recht auf *Separation* (weil das jeden Staat zum Selbstmord verpflichtete) selbstverständlich nicht existiert – genausowenig übrigens wie im bürgerlichen Recht ein *Recht auf Revolution*.³²

Die Befreiungskämpfe der unterdrückten Nationen der ‚Dritten Welt‘ im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts hatten genauso wenig die *Separation* eines Landesteils, sondern ausdrücklich die Befreiung der gesamten *Nation* vom Kolonialismus und Imperialismus zum Ziel. Der Vorwurf des *Separatismus* gehörte viel eher zum Vokabular der Aufstandsbekämpfung. Bei W.I. Lenin haben die unterdrückten *Nationen* das *Recht auf Lostrennung* von der Unterdrückernation, ein *Recht*, das von J. Stalin nach der Hinwendung seiner Politik zum ‚Sozialismus in einem Land‘ wieder liquidiert wurde, indem dieses Recht mit *Separatismus* gleichgesetzt und als Vorwand für die ‚Umsiedlung‘ der Tschetschenen, Tataren und vieler weiterer Völker der Sowjetunion benutzt wurde.³³ Da für Prof. Merkel die Unterscheidung zwischen *Separatismus* und dem *Recht auf Lostrennung* ebenfalls keine Rolle spielt, kann ausgehend davon rein theoretisch jede beliebige politische Gruppe, so wie die von der Armee und den Geheimdiensten Rußlands gelenkten (russophilen) *Separatisten* in Donezk und Umgebung, den *Separatismus* für sich als *Recht* zur Gründung eines neuen Staates in Anspruch nehmen. Das heißt: Unter Stalin wurde das *Recht auf Lostrennung* auf *Separatismus* reduziert, im Osten der Ukraine wird umgekehrt der *Separatismus* als ein *Recht auf Lostrennung* beansprucht. Beides zum Schaden des *Selbstbestimmungsrechts* der ukrainischen *Nation*, was übrigens eine Volksabstimmung über die *Separation* der Krim keineswegs ausgeschlossen hätte; jedenfalls dann nicht, wenn diese Abstimmung, erstens, vom ukrainischen Staat veranstaltet und, zweitens, in der gesamten Ukraine stattgefunden hätte (ein Vorrecht, das auch der spanische Staat gegenüber den katalanischen Separatisten laut Verfassung berechtigterweise für sich in Anspruch nimmt), was unseren Hamburger Völkerrechtslehrer aber nicht die Bohne interessieren wird.³⁴

32 Die vom Völkerrecht weder erlaubte noch untersagte *Separation* der Krimbewohner von der Ukraine erinnert in ihrer äußeren Form an die *secessio plebis* auf dem Kairoer Tahrir Platz und dem Maidan in Kiew. Mit ihrer *secessio plebis* wurde aber von der Bevölkerung Kairos weder ein *Recht auf Revolution* noch eines auf *Separation* postuliert, sondern durch eine kraftvolle Symbolik die Ablösung der Regierung verlangt, die in der in ‚westlichen‘ Gesellschaften üblichen Form dort auf gesetzlichem Wege nicht erfolgen konnte, weil sowohl in Ägypten als auch der Ukraine Staat und Regierung so untrennbar miteinander verschmolzen waren, daß ein von den Wählern zu entscheidender Regierungswechsel nicht möglich war. (siehe DEBATTE 4) Darin erschöpfen sich Inhalt und Legitimität dieser beiden *Revolutionen*. Durch die *secessio plebis* auf dem Maidan wurde aber nicht nur der regierende Oligarch, sondern der gesamte von einer fremden Macht abhängige oligarchische Millionärsclub in die Flucht geschlagen. In Ägypten hat der Millionärsclub der Armee nach dem politisch hilflosen Intermezzo der Muslimbrüder in verjüngter und oberflächlich demokratisierter Form inzwischen wieder die volle Regierungsgewalt übernommen. Dagegen haben die in der Ukraine gebliebenen Millionäre nur dann eine politische Überlebenschance, wenn sie, wie vom Volk auf dem Maidan gefordert, den unter ‚westlichen‘ Millionären üblichen ‚Pluralismus‘ akzeptieren und ihre Mitgliedschaft in Putins autokratischem Millionärsclub stornieren. Dazu sollte ihnen der Besuch Chodorkowskis in Donezk am 27.04. den Rücken stärken. Die *Separation* der Krim bedeutet für die Millionäre der Ukraine ihre bedingungslose Unterwerfung unter Putins Alleinherrschaft und ist in Analogie zum Jahr 1938 der erste Schritt auf dem Weg zur vollständigen Liquidierung der ukrainischen Staatlichkeit.

33 STREITPUNKTE Warum Lenins ‚letzter Kampf‘ gegen den linken Sozialimperialismus nicht zu gewinnen war. DEBATTE 1 Die unscharfe Relation Marx/Marxismus.

34 ...aber dafür im Netzwerk der Friedensbewegung eifrige Schüler und Nachahmer gefunden hat, die in einer Pressemitteilung zu den diesjährigen Ostermärschen laut jW vom 19.04. erklären: »4. ... Die Sezession der Krim

Der Widerspruch zwischen dem *Recht auf Lostrennung* und dem (in keiner Verfassung existierenden) Recht auf *Separation* ist für die Beurteilung der Revolutionen in den arabischen Ländern und den Ländern des einstigen Realen Sozialismus von elementarer Bedeutung. Von Stalin wurde dieser Widerspruch und die darin enthaltene *Nationale Frage*, vergleicht man damit Lenins ‚dialektischere‘ Lösungsversuche, rein mechanistisch, also letzten Endes gewaltsam, aus dem Weg geräumt. Woran deutlich wird, daß die *Nationale Frage* für sich genommen noch nie eine reine Rechtsfrage war. Aber selbst beschränkt darauf hat Prof. Merkel dafür nur eine (schonend formuliert) deutlich rückwärtsgewandte Lösung parat.³⁵

In der FAZ vom 17.04. ist Merkels Hamburger Kollege Otto Luchterhand der Ansicht, daß durch die *Annexion* der Krim nicht (wie auch von der *Friedensbewegung* behauptet) in erster Linie die Verfassung der Ukraine, sondern die Verfassung der Russischen Föderation verletzt wurde.³⁶ Eine Verletzung der ukrainischen Verfassung hätte beispielsweise dann vorgelegen, wenn der ukrainische Staat die Bevölkerung der Krim ihrer verfassungsmäßigen Rechte beraubt hätte, wofür es keinerlei Anzeichen gab.³⁷ Außerdem wurden durch die *Annexion* der Krim das Budapester Memorandum von 1994 (über den Verzicht der Ukraine auf Atomwaffen), der Vertrag von 1997 über Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft mit Rußland und das Stationierungsabkommen über die Schwarzmeerflotte von 1997, das 2010 bis zum Jahr 2017 verlängert worden war,³⁸ gebrochen und mit Füßen getreten.³⁹

[sic!] **verstößt gegen die ukrainische [?] Verfassung, und der nachfolgende Anschluß an Rußland ist völkerrechtlich umstritten**. Umstritten? Die »*Sezession der Krim*« verstößt eindeutig gegen internationales Recht und gegen das darin ausgesprochene Interventionsverbot gegenüber fremden Staaten, und der »**Anschluß an Rußland**« verstößt insofern auch gegen die »**ukrainische Verfassung**«, als nur die gesamte Nation über den Wunsch eines Teils der Bevölkerung auf *Separation* von Teilen ihres Staatsgebiets entscheiden kann. Mit solch einer von Hegel und Marx kolportierten Pseudo-Dialektik, die lediglich auf die Verkehrung eines Sachverhalts in sein schlichtes Gegenteil hinausläuft, der dem politischen Gegner untergeschoben und von den Füßen auf den Kopf gestellt wird, operiert auch mit Vorliebe Herr Putin, was sich dann so liest: im Osten der Ukraine ,wehrt sich die Bevölkerung gegen das Eindringen von Faschisten aus Kiew‘ (ha, ha, ha! nur, wer sind hier die Faschisten und wer ist die Bevölkerung?). Keineswegs die einzige Gemeinsamkeit, die deutlich macht, daß diese *Friedensbewegung* nichts anderes ist als eine *Bewegung für den Frieden* mit Putin!

35 In der Pressemitteilung des o.g. *Netzwerks der Friedensbewegung* heißt es unter 4.: »**Die Friedensbewegung achtet das Völkerrecht. Die unverhohlene Mithilfe des Westens am „Regime Change“ in Kiew widerspricht eklatant dem Nichteinmischungsprinzip nach Artikel 2 Ziffer 7 der UN-Charta.**« Dieses »**Nichteinmischungsprinzip**« wird von der Linken immer dann aus der untersten Schublade hervorgeholt, wenn die Völker die Unverschämtheit besitzen, sich ausnahmsweise gegen eine anti-‘westliche‘ Oligarchie zu erheben. Dahinter steht die bereits von den alten Zaren angewandte trickreiche Überlegung vom Bestehen eines *Rechts auf Revolution*, das immer denjenigen Völkern großzügig zugestanden wird, deren *Revolution* sich gegen einen Feind Rußlands richtet und dadurch möglichst von Rußland ferngehalten wird. (In diesem Sinn waren die Arabischen Revolutionen in Tunesien und Ägypten bspw. solange in Ordnung, wie sie sich gegen ‚westliche‘ Oligarchien richteten; über die Arabische Revolution in Libyen mußte man schon etwas länger nachdenken; die Revolution in Syrien war aber bereits keine Revolution mehr, sondern eine als Revolution getarnte Intervention des ‚Westens‘ gegen ein anti-‘westliches‘ ‚revolutionäres‘ Regime). Im gleichen Atemzug macht sich die *Friedensbewegung* und die gesamte deutsche Linke Sorgen um die angeblich vom Faschismus bedrohte Ukraine. Als ob es den Ukrainern nicht überlassen bleiben sollte, mit ihrem (sich weit unter der Fünf-Prozent-Hürde bewegenden Nationalismus-) Problem selbständig fertig zu werden!

36 FAZ 17.04.2014 **Putin verstößt gegen russische Verfassung.** Die Annexion der Krim war nicht nur völkerrechtswidrig.

37 In der FAZ vom 28.04.2014 bezeichnet der Millionär Chodorkowskij bei seinem Blitzbesuch in Donezk den Vorstoß der neugebildeten ukrainischen Regierung, die russische Sprache in der Ost-Ukraine zu verbieten, den sie ebenso schnell wieder zurückgezogen hat, als eine der dümmsten Steilvorlagen, die man Putin hätte liefern können.

38 BL110.

39 Laut RIA NOVOSTI vom 02.04.2014 wurde das Stationierungsabkommen für die russische Schwarzmeerflotte per

Um auf dem schnellsten Wege der Rußländischen Föderation einverleibt zu werden, d.h. um überhaupt einen Antrag auf Aufnahme in dieselbe stellen zu können, schreibt Luchterhand, mußte das Regionalparlament in Simferopol in einer von russischen Spezialeinheiten abgeschirmten Geheimsitzung, »sich daher zunächst als Völkerrechtssubjekt konstituieren«. Da dieses Verfahren aber bereits als solches völkerrechtswidrig war und die Krim-Regierung daher mangels nationaler Souveränität eigentlich kein legaler Vertragspartner der Russischen Föderation sein konnte, hätte Putin laut Wiener Vertragskonvention die Krim überhaupt nicht in diese aufnehmen dürfen. Damit habe er nicht nur internationales Recht gebrochen, sondern in erster Linie die russische Verfassung verletzt und dann auch die territoriale Unversehrtheit der Ukraine.⁴⁰ Genau in dieser Reihenfolge stellt sich der besondere Charakter der *Annexion* der Krim dar. Die verschiedenen von Putin in die Welt gesetzten Vorwände (Schutz der ‚Landsleute‘, der bedrohten russischen Sprache, der Schwarzmeerflotte usw.) erweisen sich als nachträglich konstruierte Propagandabläsen, mit denen der Aggressionsakt gegen die staatliche Unversehrtheit der Ukraine bemängelt wird. Deren Verfassung, was aber überhaupt nicht zur Debatte steht, hätte nur von der Ukraine selbst gebrochen werden können, so wie Putin die russische Verfassung gebrochen hat. Im übrigen: Wenn Putin mit der *Annexion* der Krim die *russische* Verfassung gebrochen hat, könnte dieser Verfassungsbruch durch einen revolutionären russischen Souverän jederzeit wieder ‚geheilt‘ werden. Abgesehen davon war die Krim nie eine Nation, sondern immer eine Provinz Rußlands gewesen!

Der von Putins Freund Gerhard Schröder nachträglich bemühte Vergleich, ‚der Westen‘ (und damit Schröder als Bundeskanzler) hätte, genauso wie Putin mit der *Annexion* der Krim, mit der Lostrennung des Kosovo von Serbien auch internationales Recht gebrochen, beruht auf der Gangsterlogik des Kalten Krieges (wer uns kritisiert, möge sich doch zuvörderst auch um die Unbeflecktheit der eigenen weißen Weste bemühen...!),⁴¹ er trifft aber damit voll daneben, weil das Kosovo trotz seines zwischenzeitlich stark entwickelten staatlichen Eigenlebens völkerrechtlich eine Provinz Serbiens geblieben ist, deren *Autonomie* innerhalb Serbiens von der Völkerrechtsgemeinschaft im Auftrage der UN garantiert werden mußte, weil ihr diese von der die Grenzen des Völkermords überschreitenden serbischen Regierung gewaltsam verweigert wurde. Zur Durchsetzung dieser Garantie und zur Verhinderung eines Völkermords war der von den UN nachträglich gebilligte Einsatz der Nato völkerrechtlich legal.

Auch wenn, wie Luchterhand meint, heute das Kosovo »**als autonome Provinz der Teilrepublik Serbien ihr statusmäßig nahezu gleichgestellt**« sei (was heißt »nahezu«?), besaß diese serbische Provinz nach dem Zerfall Jugoslawiens anders als dessen Teilrepubliken nicht das *Recht auf Lostrennung*. Und wer es gewaltsam hätte durchsetzen wollen, hätte selbst völkerrechtswidrig gehandelt. Obwohl die Unterscheidung zwischen *Autonomie* und *Recht auf Lostrennung* den panslawistischen Nationalisten in Belgrad durchaus geläufig gewesen sein mußte, hinderte sie dies nicht daran, auch die jugoslawischen Republiken, die sich völlig legal auf das *Recht auf*

Erlaß des russischen Präsidenten für ungültig erklärt.

40 Luchterhand a.a.O.: »**Mit der Aufnahme der Krim durch Verfassungsgesetz vom 21. März hat Rußland die territoriale Unversehrtheit der Ukraine verletzt.**«

41 FAZ 11.03.2014: „**Er handelt wie ich**“. Gerhard Schröder gibt sich als Putin-Vorsteher. – Auf einer Veranstaltung der ZEIT bekannte Gerhard Schröder über seine Regierungszeit: »**Er selbst habe ja einmal gegen das Völkerrecht verstößen – zu Beginn seiner Regierungszeit im Jugoslawien-Konflikt. ... Mit Blick auf das Referendum auf der Krim und das Ziel sie von der Ukraine zu lösen, seien die damaligen Bestrebungen des Kosovo, sich von Serbien zu lösen, „die Blaupause“ . In beiden Fällen handele es sich „formal“ um eine Verletzung der Charta der Vereinten Nationen.**«

Lostrennung berufen konnten, mit militärischer Gewalt zur Rückkehr in den nicht mehr existierenden jugoslawischen Bundesstaat zu ‚überreden‘. Das Kosovo, das von Tito bis zum Zerfall Jugoslawiens als Faustpfand gegen den ‚stalinistischen‘ albanischen Nachbarn relativ fair behandelt worden war, wollte Milosevic in verbrannte Erde verwandeln, um das ‚Heilige Amselfeld‘ nach der Vertreibung der albanischen Mehrheitsbevölkerung mit großserbischen Slawen besiedeln zu können. Eine interessante Blaupause übrigens für das Assad-Regime in Syrien!

Selbst wenn »die Aktion der Nato gegen Serbien«, wie es bei Luchterhand heißt, durchaus auch »humanitären Zielen« gedient hat und das Kosovo »auf Grund einer von Rußland mitgetragenen Resolution des UN-Sicherheitsrates« (also auch Rußlands!) den Vereinten Nationen als Protektorat unterstellt worden ist, hat dieser Staat nie aufgehört, eine serbische Provinz zu sein. Auch nicht nach ihrer Unabhängigkeitserklärung vom Februar 2008, die von 193 UN-Staaten anerkannt wird. Das Kosovo wird erst dann seine volle nationale Souveränität erhalten, wenn auch Serbien der *Lostrennung* dieser seiner Provinz zugestimmt hat, was ihm für seinen Beitritt in die EU höchstwahrscheinlich zur Bedingung gemacht werden wird. (Dann mögen Putin, Schröder und die deutsche Linke lauthals ‚Erpressung‘ schreien! Den ‚westlichen‘ Millionären Europas dagegen wird das egal sein!) Alles andere wäre *Separatismus* und Wasser auf die Mühlen der von Putin betriebenen und von Schröder begünstigten Politik der Eingemeindung aller Russen in das großrussische Imperium und der Sammlung aller Slawen um Putins ‚Heiliges Rußland‘. Eben dieser Politik hat sich die Mehrheit der Ukrainer mit der Besetzung des Maidan entschieden verweigert und es abgelehnt, eine Zeitreise in das 19. und in die 30er und 40er Jahre des 20. Jahrhunderts anzutreten, mit denen die Ukraine bereits ihre besonderen historischen Erfahrungen gemacht hat.

Bleibt noch zu ergänzen, daß sich die westdeutsche Linke ohne Ausnahme (schön wäre es, wenn es Ausnahmen gäbe!) nicht erst in der Kosovo-Frage und nun auch anhand ihrer Fehleinschätzung der ‚Krim-Krise‘ bis auf die Knochen blamiert hat. Sie hat vor allem eines nie kapiert, daß der Beherrschungsvertrag, den sie mit der SED und ihrer politischen Nachfolgerin abgeschlossen hat, und der zugleich ihre historische Geburtsurkunde darstellt, sie zum nützlichen Idioten für die Politik der Wiederherstellung der DDR unter russischer Oberaufsicht stempelt, zum traurig-schaurig-schönen Partner einer linken Quisling-Partei Putins. Sie waren doch immer schon ganz prima Genossen! Fazit: Der Kommunismus der deutschen Linken ist politisch über viele Leichen gegangen – es fehlt, um die Sache komplett zu machen, nur noch das Begräbnis ihres eigenen politischen Leichnams.

IV

Mai

Der 31. August 2013 wird wahrscheinlich in die Geschichtsbücher eingehen als jener Tag, an dem der US-amerikanische Präsident Obama entschied, auf die Überschreitung der von ihm für Bashar al-Assads ‚Krieg gegen sein eigenes Volk‘ gezogenen ‚red line‘ nicht so zu reagieren, wie er es ihm angedroht hatte, sondern mit Assad und seiner Schutzmacht Rußland über die Beseitigung seiner Massenvernichtungswaffen in Verhandlungen einzutreten. Mehr als ein halbes Jahr später erscheint dieser überraschende Rückzieher, zu dem sich Obama, im Garten des Weißen Hauses wie im Garten Gethsemane umher wandelnd von seinem wichtigsten Berater hat ‚überzeugen‘ lassen, nicht etwa als Rückzug der USA von der ‚unipolaren‘ zur ‚multipolaren‘ Weltpolitik – Gott bewahre! –

sondern als ein wirklich gelungener Schachzug.⁴² Denn anstatt als eine mögliche Reaktion auf den Massenmord am 21. August an mehr als 1600 Zivilisten in einem Vorort von Damaskus durch Giftgasgranaten (die scharf zu machen und abzuschießen allein die syrische Armee und Assads Geheimdienste die technischen Möglichkeiten haben) zumindest über Teile von Syrien nach Kapitel VII der UN-Charta und notfalls auch gegen das Veto Rußlands und Chinas im Weltsicherheitsrat eine Flugverbotszone zu errichten oder gar, wie zunächst erwogen, begrenzte Militärziele mit Tomahawk-Raketen anzugreifen, entschied sich die US-Regierung für Verhandlungen mit dem Assad-Regime, in denen schließlich ‚erreicht‘ wurde, daß dieses seine Giftgasvorräte einer UN-Organisation zur Unschädlichmachung übergibt. (Dabei gilt als nicht ganz abwegig zu vermuten, daß sich darunter auch jene von der Sowjetunion an Saddam Hussein gelieferten und noch vor Bushs Irak-Krieg in Syrien geparkten Massenvernichtungswaffen befunden haben könnten, nach denen zu suchen eine ganze Armee ausgesandt worden war.) Assads Massenmord an der Zivilbevölkerung geht auch ohne den Einsatz dieser Massenvernichtungswaffen weiter; so durch den Abwurf von mit Chlorgas gefüllten Faßbomben auf Märkte, Schulen und Krankenhäuser. Chlorgas ist, weil nicht absolut tödlich, völkerrechtlich nicht geächtet.

Weniger spektakulär sollte ein halbes Jahr danach der Kurzbesuch Obamas in Riad ausfallen,⁴³ wenn auch mit durchaus spektakulären Folgen: der Entlassung des langjährigen saudischen Geheimdienstchefs Bandar bin Sultan, der 2001 als saudischer Botschafter in Washington ein keineswegs nur passiver Zeuge des Angriffs von Al Qaida auf die USA gewesen ist.⁴⁴ Was immer bei diesem Treffen auf der Tagesordnung gestanden haben wird (so etwa die Beibehaltung des US-amerikanischen Atomschirms für Saudi-Arabien gegenüber dem Iran),⁴⁵ für den militärischen

42 FAZ 02.09.2013 **Eine einsame Entscheidung, um nicht allein zu stehen.** Obama will, daß der Kongreß vor einem Syrien-Einsatz Farbe bekennt. Er geht ein großes innenpolitisches Risiko ein und Assad gewinnt dadurch Zeit. – »Kurz nachdem am Samstag die UN-Chemiewaffenfachleute Syrien verlassen haben würden, werde der Präsident den Abschuß von Marschflugkörpern befehlen. Doch um 19 Uhr, nach einer Dreiviertelstunde Gang über den South Lawn des Weißen Hauses mit seinem seit langem interventionsskeptischen Vertrauten Denis McDonough, eröffnete der Präsident seiner Sicherheitsberaterin Susan Rice und anderen Mitarbeitern, es gebe eine „ziemlich große“ Planänderung. Er wolle den Kongreß um Zustimmung bitten. Nicht einmal als Möglichkeit sei das vorher in Betracht gezogen worden.«

43 *Al Arabiya* (AA) News 29.03.2014 **Obama defends not using military force in Syria.** – Es sei eine falsche Vorstellung gewesen, erklärte Obama in Riad gegenüber der Presse, daß wir irgendwie in der Situation gewesen wären, durch einzelne Militärschläge, diese Art von Härte (hardship), die wir in Syrien gesehen haben, zu verhindern. Nach 10 Jahren Krieg seien die Möglichkeiten der USA erschöpft. Diese hätten sich für einen größeren Erfolg militärisch langfristig binden müssen. Das sei den Truppen, den Familien und dem Regierungsetat für weitere zehn Jahre nicht zuzumuten gewesen. »And it is not clear whether the outcome, in fact, would have turned out significantly better.« Das mag vielleicht für die USA gelten, für Syrien und Europa gilt es dagegen leider nicht. Um ein anderes »Ergebnis« (»outcome«) herbeizuführen, hätten aber auch die europäischen Regierungen, Deutschland an der Spitze, ihren amerikanischen Verbündeten nicht so schmählich im Regen stehen lassen dürfen! – Für Europa bleibt dieses »Ergebnis« daher Teil einer weiterhin offenen Rechnung, wofür Putin täglich den gestiegenen Preis nennt.

44 FAZ 17.04.2014 **Saudi-Arabien entläßt Geheimdienstchef.** König Abdallah ernannt zum ersten Mal kein Mitglied der Königsfamilie als Nachfolger. – »Bandar hatte zu Jahresbeginn die Zuständigkeit für die Koordination der Syrienpolitik an Innenminister Muhammad Bin Nayef Al Saud abtreten müssen, ...in den vergangenen Monaten hatte er mit den westlichen Geheimdiensten die entscheidenden Gespräche zu Syrien geführt. Er veranlaßte, daß den Saudis, die im Ausland kämpfen und zum Kampf aufrufen, Gefängnisstrafen drohen. Bandar wird jedoch vorgeworfen, mit den saudischen Lieferungen von Waffen und Geld, die eigentlich für gemäßigte Islamisten vorgesehen waren, letztlich Al Qaida gestärkt zu haben, ohne daß aber Syriens Präsident Assad gestürzt worden wäre.«

45 AA News a.a.O.: »I think it was important to have the chance to come to look him (King Abdullah) in the eye and explain how determined the president is to stop Iran from getting a nuclear weapon.«

Widerstand der syrischen Opposition bedeutet dieser Besuch einen gewaltigen Rückschlag, wenngleich die Unterstützung der *Freien Syrischen Armee* durch Saudi-Arabien schon immer eine zweischneidige Angelegenheit gewesen ist, da der FSA in dem Paket mit Geld und Waffen auch die islamistischen Kommandogruppen ‚mitgeliefert‘ wurden, die in den seltensten Fällen bereit waren, sich ihrem Kommando unterzuordnen.⁴⁶ Dieses ungeklärte Verhältnis der FSA zu ihren Sponsoren wurde zum Einfallstor für irakische und kaukasische Islamisten, die im Euphrat-Tal ein islamisches Kalifat errichten wollen, das bis zum Mittelmeer reichen soll. Die FSA erkannte zu spät oder handelte zumindest nicht danach, daß sie sich von diesen zweifelhaften ‚Mitkämpfern‘ nicht nur längst distanzieren, sondern ihnen den Krieg hätte erklären müssen, wollte die Befreiungskräfte ihre politische Legitimität nicht vollends verlieren und Assads ‚Anti-Terrorismus‘-Propaganda das Feld überlassen. Die Stadt Homs, die das Stalingrad des syrischen Befreiungskampfes gegen das Assad-Regime hatte werden sollen, ist inzwischen gefallen und von aktiven Kämpfern geräumt worden. Assad bewirbt sich in einer neu aufgelegten Wahlfarce um eine weitere Präsidentschaft, während über 3 Millionen in die äußere und über 6 Millionen in die innere Emigration vertriebene Syrer diesem Spektakel, durch welches eine neue, diesmal syrische *Nakhbar*, besiegt werden wird, mit der Faust in der Tasche zuschauen und erleben müssen, wie ihr Land immer tiefer in den Strudel nahöstlicher Weltmachtpolitik gezogen wird und in der Barbarei versinkt.⁴⁷

Kaum etwas kann den Krieg, den der Assad-Clan gegen die Mehrheit der Bevölkerung Syriens führt und durch den von einer Minute zur anderen eine syrische Familie in eine Flüchtlingsfamilie verwandelt wird, überzeugender sichtbar machen als zwei Satellitenaufnahmen, die von einem Stadtteil von Hama im Abstand von 14 Tagen aufgenommen wurden und von dem auf dem zweiten Foto nichts als eine Trümmerwüste, umgeben von intakten Gebäuden übrig geblieben ist.⁴⁸ Dieser Krieg ist kein ‚Bürgerkrieg‘ (wie von ‚unserer westlichen Presse‘ unisono verlautbart wird), sondern ein Rassenkrieg, ähnlich wie ihn Hitler gegen die Völker Osteuropas geführt hat, ein ‚totaler Krieg‘ selektiv gegen solche Stadtteile, in denen traditionell die sunnitische Bevölkerungsmehrheit mit verschiedenen Bevölkerungsgruppen bisher friedlich zusammen(ge)lebt (hat) und die sich dort gegen ihre drohende Ausrottung und Vertreibung zur Wehr setzt(e). Dies ist auch, wie man häufig liest, kein ‚Krieg gegen das eigene Volk‘, sondern ein Rassenkrieg des alawitischen Assad-Clans und der mit ihm verbündeten Sekten, einschließlich einiger christlicher

46 FAZ 31.03.2014 **Annäherung in Riad.** Nach Obamas Besuch / „Partnerschaft wieder stärker“ – Obamas stellvertretender Sicherheitsberater Rhodes »versicherte, daß man weiter auf die „gemäßigte Opposition“ gegen Machthaber Baschar al Assad setze«, aber weiterhin keine schultergestützten Boden-Luft-Raketen an diese liefern werde. Möglicherweise wird nun anstelle der USA Saudi-Arabien diesen Job mit »**Waffen chinesischer Bauart**« übernehmen.

47 AA *TV News Bulletin* 14.05.2014 1800 GMT: Nach statistischen Angaben des Norwegischen UN-Zentrums für Flüchtlinge in Genf wird in Syrien jede Minute eine Familie zur Flüchtlingsfamilie gemacht. Diese Zahl bestätigt Mohammed Abu Asaker, Sprecher des Hohen Kommissars der UN für Flüchtlinge in einem Interview mit *Al Arabiya*. 2013 betrug die Zahl der syrischen Flüchtlinge nach seinen Angaben 3,1 Millionen. In diesem Jahr wurde die Schwelle von 6,3 Millionen Flüchtlingen allein innerhalb Syriens, die auf Hilfe angewiesen sind, überschritten. Syrien wurde zu dem die meisten Flüchtlinge exportierenden Land auf der Welt. »**This is the largest humanitarian crisis faced by the United Nations organizations in this century.**«

48 AA *English* vom 31.01.2014. Die beiden französischen Satellitenaufnahmen entstammen dem Bericht von *Human Rights Watch: Syria’s Unlawful Neighborhood Demolitions in 2012-2013* und zeigen datiert vom 28.09.2012 und 13.10.2012 den Stadtteil Wadi al-Joz. Es wurden in den meisten Fällen mehrstöckige Häuser durch die Armee mit Hilfe von Sprengstoff und Bulldozern zerstört, wodurch eine Fläche von 140 ha so groß wie 200 Fußballfelder entstand. Eine Frau berichtet, daß nach der Zerstörung dieses Stadtteils die Armee zu ihnen gekommen sei und über Lautsprecher mitteilt habe, daß auch dieser Stadtteil zerstört werde, würde daraus nur ein einziger Schuß fallen. In dem Bericht wird vermerkt, daß alle Stadtteile, deren Zerstörung darin aufgenommen wurde, Hochburgen des syrischen Widerstands gewesen sind.

Assad-Freunde, ein Rassenkrieg gegen den Rest der syrischen Bevölkerung. Aus der syrischen Geschichte ist bekannt, daß die französische Kolonialmacht vorzugsweise ihre Kollaborateure aus Minderheiten, wie in diesem Fall den Alawiten aus der Bergregion der Provinz Latakia rekrutiert hat,⁴⁹ eine allgemein übliche Verfahrensweise der Kolonialmächte in Indien, Nordafrika und dem Vorderen Orient. Hafez al-Assad, Bashars Vater, hatte daher auch 1982 kein Problem damit, die Stadt Hama einzuschern und dabei schätzungsweise bis zu 30.000 Einwohner umzubringen, als sich deren Bevölkerung gegen seine Herrschaft aufzulehnen wagte.⁵⁰ Warum sollte der Sohn als Nachfolger und Wahrer der Dynastie gemeinsam mit seinem Familienclan gegenüber der syrischen Bevölkerungsmehrheit anders verfahren?

In diesem sog. „Bürgerkrieg“ hat es Assad geschickt verstanden, den Widerstand gegen sein Regime im „Westen“ als „Terror“ zu verkaufen, dessen Glaubwürdigkeit zu erschüttern und jegliche Solidarität mit ihm zu untergraben. Wenn die Europäer nicht begreifen, daß dieser Krieg gegen das syrische Volk derselbe Krieg ist, den Putin gegen das ukrainische Volk führt, und daß beides ein und derselbe Krieg ist, der früher oder später auch den übrigen Völkern Europas ins „gemeinsame europäische“ Haus steht, sollten sie besser gleich auf den Spuren von Herrn Snowden an der Kremltür anklopfen und sich wie dieser für einen Job als linker oder rechter Quisling Rußlands und Chinas bewerben.⁵¹ Und wer bis dahin hat glauben wollen, daß „der Westen“ nach Obamas Rückzieher, der dem Assad-Regime neue Lebenskraft eingehaucht hat, der direkten Konfrontation mit Assads atomaren Schutzmächten (Iran, Rußland, China) in absehbarer Zeit entgehen wird, muß sich von Putins imperialistischer Expansionspolitik in Osteuropa, die sich aller bisher üblichen „diplomatischen“ Rücksichten entledigt hat, nun eines besseren belehren lassen. Der Faschismus des 21. Jahrhunderts tickt „links“, dessen *antifaschistische* Rechtfertigung Putin aus den von seinen Geheimdiensten auf der Gegenseite aufgebauten *faschistischen* Popanzen bezieht, von den am 8. Mai über den roten Platz rollenden Karikaturen der „ruhmreichen Sowjetarmee“ einmal abgesehen.

Dieses Spiel ist in der Ukraine ebenso zu beobachten wie in Syrien, wo Assads „Geister“ (*shabbiha*), d.h. jene in die Armee integrierte alawitische Halsabschneidertruppe, sich ganz hervorragend mit den islamistischen Kreaturen der syrischen Geheimdienste, die als „Gotteskrieger“ hauptsächlich damit beschäftigt sind, in den Reihen des Widerstandes gegen Assad die „Feinde Allahs“ auszumachen und per Kopfschuß zu dezimieren, ganz „hervorragend“ ergänzen. Nicht wenige dieser „Islamisten“ kommen (zur großen „Erleichterung“ des russischen FSB) aus dem Kaukasus, von wo aus sie den „rechtgläubigen Syrern“ zu Hilfe eilen. Ein ähnliches Zusammenspiel der Extreme läßt sich auch hinter einigen rechtsradikalen ukrainischen Nationalisten in der West-Ukraine vermuten. Die „Freunde des syrischen Volkes“ wiederum, jene „westlichen“ Staaten, die lauthals verkündet hatten, den syrischen Widerstand wirksam unterstützen zu wollen, haben gemeinsam mit Saudi-Arabien und den Golfstaaten mit vereinten Kräften erreicht, daß von der

49 Siehe Carsten Wieland: *Syria – A Decade of Lost Chances*. Repression and Revolution from Damascus Spring to Arab Spring, Seattle 2012, 292.

50 Wieland, 22; 222.

51 FAZ 23.05.2014 **Mit Putin die christliche Zivilisation retten**. Der Front National und Rußland. – Für Marine Le Pen ist „**Putin ein echter Patriot. Mit ihm können wir die christliche Zivilisation retten**“. Für den FN gehört die Annäherung an Rußland zu den wichtigsten außenpolitischer Zielen. Der Spitzenkandidat des FN für die Ile-de-France Amerique Chaupade träumt von einer eurasischen Achse „Paris-Berlin-Moskau“ und kritisiert die EU wegen ihrer Russophobie in der Ukraine-Politik. Er gehörte zu den Wahlbeobachtern, die am 16. März auf Einladung Putins auf die Krim gereist waren und unterstützte vehement die dortige „Volksbefragung“. Ausgerüstet mit russischen Spenden von unbekannten Spendern widmet sich das *Institut de la Démocratie et de la Coopération* in der Rue Varennes im Regierungsviertel von Paris offiziell der Pflege eines positiven Rußlandbildes. Im April reiste Marine le Pen nach Moskau und traf dort hochrangige Duma-Abgeordnete.

Freien Syrischen Armee nur noch ein Trümmerhaufen übrig geblieben ist, deren trauriger Rest Gefahr läuft, Assads Folterknechten zum Fraß vorgeworfen zu werden und in seinen Folterkellern zu verrecken.

Wer also wissen will, wie es mit Putins Expansion Richtung Westeuropa weitergeht, der kann aus Syrien den passenden Anschauungsunterricht beziehen. Dort spielt sich als Tragödie ab, was den europäischen Völkern vielleicht in naher Zukunft, zunächst als Farce, ins Haus steht und wogegen sich die europäischen Bourgeoisien (mit Ausnahme einiger weniger gebrannter Kinder in Osteuropa) durch die linke Umwertung ihrer bisherigen hochgeschätzten bürgerlichen Werte für ihre politischen Rückzuggefekte vorsorglich wappnen. Why not! Schröder feiert mit Putin unter Umarmungen und Küßchen in St. Petersburg seinen Geburtstag, während zur gleichen Zeit eine offizielle internationale militärische Beobachtermision von Putins ‚grünen Männchen‘ im Osten der Ukraine gekidnappt und gefangengehalten wird. Das muß ja nicht unbedingt zum Problem werden, wenn – erklärt die bauernschlaue christdemokratische Fraktionsführung der Großen Koalition – nach Schröders Geburtstagsparty die Gefangenen auf einen Wink Putins von den ‚grünen Männchen‘ wieder freigelassen werden.⁵² (Was dann auch postwendend so eintraf, wobei Putin um des lieben Friedens willen, den er sich höchstwahrscheinlich teuer bezahlen lassen wird, hat einräumen müssen, nicht nur, daß die ‚grünen Männchen‘ generell unter russischem ‚Einfluß‘ agieren, sondern daß er auch letztlich für die Geiselnahme verantwortlich ist, ein Eindruck, den er auch nach der Intervention seines flugs dorthin beorderten Menschenrechtsbeauftragten nicht mehr vom Tisch wischen konnte.) Was ‚der Westen‘ für die Geiselbefreiung in Cash gezahlt hat, werden später einmal die Historiker Gelegenheit haben herauszufinden.

Auf jeden Fall wurde durch diese wirkungsvolle Wahlkampfhilfe Schröders und Putins für die Große Koalition der Berliner Trend zur Äquidistanz zwischen Washington und Moskau erneut bestätigt, der unter Schröders Kanzlerschaft als Achse ‚Paris-Berlin-Moskau‘ während des zweiten Irak-Kriegs zum ersten Mal sichtbar wurde. Und vielleicht werden selbige späteren Historiker herausfinden, daß in Schröders Karriereweg vom ‚revolutionären‘ Juso-Vorsitzenden (der sog. Stamokap-Fraktion) über den Genossen der Bosse zum Putin-Spusi bereits jener Urtyp des deutschen linken Quislings vorgezeichnet gewesen ist, der mit dieser, wie wir nun wissen, ganz und gar nicht privaten Geburtstagsparty, wie Merkels Regierungssprecher inzwischen verlautbare, Epoche gemacht hat (sonst hätte Merkel nicht ihren Vorsitzenden der Kommission für Außenpolitik dorthin geschickt, durch dessen Anwesenheit Schröders privater Eklat plötzlich zur Staatsaktion mutieren konnte.)

Wie sagte einst Rudi Dutschke 1968 (so treffend) auf dem Berliner Vietnam-Kongreß: In Vietnam werden wir täglich und ständig vernichtet! Dahinter steckt zwar eine gewiß übertriebene revolutionäre Symbolik, deren praktische Konsequenzen von konsequenten Praktikern der Geheimdienste aus Ost und West hervorragend ausgeschlachtet wurden. Aber daraus ist auch eine heute wieder zu beherzigende revolutionäre Botschaft zu entnehmen: In Syrien und in der Ukraine werden ‚wir‘ inzwischen nicht mehr nur symbolisch ‚vernichtet‘, sondern dort ist mit Händen zu greifen, daß die europäischen Nationen Gefahr laufen, unter Putins Eurasischem Weltreich in ihre Einzelteile zerlegt verschluckt zu werden, wenn die europäischen Völker die linken und rechten Quislinge Putins und deren Regierungen auf ihrem jeweils eigenen Maidan und Al Tahrir Platz

52 RN 03.05.2014 Fragen an Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. **Schröder-Putin-Umarmung hat mich stark verwundert**“.

nicht zum Teufel jagen.⁵³ Diese europäische Zukunft ist heute im Nahen Osten und im Osten der Ukraine bereits brutale Realität.

Das ist die Frontlinie, die sich klar und eindeutig inzwischen herausgebildet hat: Rußland und China haben in Syrien gemeinsam mit Iran, der schiitischen Regierung im Irak und der Hisbollah im Libanon dem Syrischen Volk den Krieg erklärt, den sie dort als Stellvertreterkrieg solange gemeinsam gegen den kapitalistischen ‚Westen‘ führen werden, wie sie selbst noch nicht weit genug aufgerüstet sind, um diesen direkt anzugreifen oder atomar erpressen zu können. Daß sich China bei der Abstimmung über die *Annexion* der Krim in der UNO der Stimme enthalten hat, ändert daran nichts. Jedenfalls ist die Stimmenthaltung nicht als Sympathiebeweis für den Kiewer Maidan zu werten, sondern als Hinweis auf die verschiedenen *Nationalen Fragen*, mit denen China in seinen ‚Randgebieten‘ und in Bezug auf Taiwan zu tun hat.

Déjà vu

Bei der Durchsicht meiner bisher ins Netz gestellten BLogbücher (die immer mehr zu Jahres-BLogbüchern mutieren), wurde mir bewußt, wie herrlich weit ‚wir‘ es zwecks Bewältigung der Weltwirtschaftskrise bereits auf dem Weg in einen Staatsmonopolistischen Kapitalismus Marke BRDDR und der Verwandlung der BRD in ein ‚realsozialistisches‘ Arbeitslager unter der Aufsicht der abgehalftet geglaubten SED gebracht und mit welch rasanter Geschwindigkeit sich die in den BLogbüchern an die Wand gemalten politischen Horrorvisionen inzwischen in offizielle Regierungspolitik verwandelt haben.⁵⁴ Die demagogische Gerechtigkeitsrhetorik im Parteiprogramm Der Linken ist längst im Regierungsprogramm der Großen Koalition angekommen. Die von den Grünen propagierte und in ihren Urformen bis zur Päderasterie (zurück)reichende Anerkennung und Förderung ‚sexueller Vielfalt‘ wird in Baden-Württemberg zum Unterrichtsstoff gemacht, während Förderschulen für geistig und körperlich benachteiligte Kinder in mehreren rosarotgrün regierten Bundesländern abgeschafft und die Kinder in die Regel-Schule ‚integriert‘ werden.⁵⁵ Die Koalitionsfreiheit der Arbeiterklasse und die zwischen Lohnarbeit und Kapital bestehende bürgerliche Vertragsfreiheit soll durch die staatlich verordnete ‚Tarifeinheit‘ und staatlich dekretierte Mindestlöhne unterlaufen werden, während mit dem höchstrichterlichen Flashmob-Urteil⁵⁶ Arbeitsgerichte, was nicht zu ihren Aufgaben gehört, in den Tarifauseinandersetzungen Partei ergreifen, was aber in der von linken Anwälten geforderten Abschaffung des Prinzips der ‚zivilrechtlichen gleichen Augenhöhe‘ und dessen Ersetzung durch

53 jW 25.-26. 01. 2014 Der Schwarze Kanal von Werner Pirker. **Eurasisches Monster** – In dieser postum veröffentlichten Glosse aus dem Jahre 2004 des kürzlich verstorbenen Autors verbindet dieser die Verwendung dieses geopolitischen Begriffs noch mit den Expansionsabsichten des ‚Westens‘ in Richtung „**Großraum Eurasien“ nach dem »Epochenbruch 1989 bis 1991«**. und mit der Erwartung des ‚Westens‘, daß sich Rußland nach jenem »Epochenbruch« noch »auf dem besten Weg zu Marktwirtschaft und Demokratie befindet. Inzwischen ist für die heutige jW »Eurasien« kein »Monster« mehr, sondern fester Bestandteil der Weltherrschaftsstrategie Putins und der französischen Rechten. Für den ‚Westen‘ des Jahres 2004 war, so Pirker, »...nur ein schwaches Rußland ... ein gutes Rußland. Als aber Putin – im Interesse einer Stabilisierung des russischen Kapitalismus – diesen Prozeß umzukehren versuchte, und Rußland eigene Interessen gegenüber der zunehmenden Einflußnahme des Westens im eurasischen Raum [sic!] anmeldete, trat der längst überwunden geglaubte Gegensatz zwischen Ost und West wieder zutage. In der Tat zeigt sich in der Ukraine, (d.h. in Gestalt der Orangen Revolution) »daß Rußland andere Interessen hat als die EU.« Fragt sich nur welche!

54 BL509.

55 BL110.

56 FAZ 30.04.2014

die ‚Drittirkung von Grundrechten‘ auf den Arbeitsvertrag im Emmely-Urteil bereits angelegt war.⁵⁷ Der Bundestag ist zur Einheitsfront von Blockparteien, die zusammen Regierung und Opposition spielen, degeneriert. Die Verschmelzung von Revolution und Konterrevolution, von Faschismus von rechts und links vollzieht sich mit einer derart rasanten Geschwindigkeit, daß allen Beteiligten Hören und Sehen vergeht. Der von den ständigen Mahnern und Warnern vor dem neuen Faschismus beschworene *Antifaschismus* entpuppt sich, einmal in Aktion getreten, nur als die andere Spezies ebenen desselben.

So schaltet und waltet im Osten der Ukraine eine *antifaschistische* Fünfte Kolonne Moskaus nach eigenem Belieben und legitimiert ihre generalstabsmäßig geplanten ‚spontanen‘ Besetzungen von Regierungsgebäuden, Fernsehanstalten und Polizeistationen mit der Machtergreifung einer angeblichen faschistischen ‚Fünften Kolonne‘ der NATO und der EU in Kiew. Nur waren es auf dem dortigen Maidan Hunderttausende, die ihren einseitig sich nach Moskau orientieren wollenden Millionärsclub durch eine Abstimmung mit den Füßen nach dem Vorbild des Al Tahrir Platzes in Kairo zum Rücktritt und zur Einsetzung einer Provisorischen Regierung zwangen! In Donezk, Slawjansk, Luhansk und weiteren Städten im Osten der Ukraine hält sich die dortige Bevölkerungsmehrheit aus der von importierten russischen Sicherheitsnadeln und bezahltem Lumpenproletariat veranstalteten maskierten Mummerschanz heraus. In den 20er Jahren gelang es den Nazis ihre eigenen kriminellen Absichten den von ihnen kopierten Kommunisten in die Schuhe zu schieben und sich dabei als nationalsozialistische Unschuldslämmer darzustellen. Putin macht es in der Ost-Ukraine nicht anders, wo seine Leute den Maidan *en miniature* zu kopieren versuchen. Dort allerdings mit dem Ziel, die Ukraine zu liquidieren und sie in das großrussische Phantasiegebilde *Novorossija* einzufüllen. Der Assad-Gegner Michel Kilo erzählt im arabischen Fernsehen,⁵⁸ daß die Assad-Clique aus Furcht vor dem Übergreifen der Arabischen Revolution auf Syrien lange vor den ersten Demonstrationen in Damaskus die organisierte Kriminalität im Umfang von ca. 60.000 Leuten (*shabbiha*) stramm militärisch organisiert hatte, um auch den geringsten Hauch öffentlich geäußerter Kritik am Assad-Regime, die zum Keim einer Massenbewegung hätte werden können, sofort im Keim zu ersticken.

Eine andere Unverhältnismäßigkeit drängt sich dem Betrachter der beiden Satellitenaufnahmen auf, die im Abstand von einem Monat von einem Stadtteil von Hama gemacht wurden.⁵⁹ Auch hier schlägt die Quantität in Qualität um, nur genau anders herum als in Kiew. Jeder kennt aus dem Fernsehen die Videos von den durch Assads Luftwaffe zerbombten syrischen Straßenzügen, ohne daß erkennbar wird, ob die sie umgebenden Stadtteile auch dem Erdboden gleichgemacht wurden. Aus den unzerstörten, vielleicht hauptsächlich von Assad-Anhängern bewohnten Stadtteilen stammen dann die Berichte unserer linken (vom syrischen Geheimdienst im Unterschied zu ihren ‚westlichen‘ Kollegen ins Land gelassenen) Reporter_Innen mit ihren einfühlsamen Alltagsbeobachtungen aus dem ‚anderen‘ Syrien, verbunden mit dem Lamento, daß es doch eigentlich überall in Syrien so idyllisch aussehen könnte, wenn der ‚Westen‘ dort keinen Krieg vom Zaun gebrochen hätte.⁶⁰

Ein ähnliche Diskrepanz zwischen Abnormalität und Normalität bestand zwischen dem Warschauer Ghetto und seiner Umgebung. Während in seinem Innern der Untergang der menschlichen

57 BL509; BL310.

58 AA English 09.05.2014.

59 Fn. 48.

60 BL112.

Zivilisation von den deutschen Sonderkommandos organisiert wurde, ging rundherum, soweit von den deutschen Besatzern geduldet, das zivile Leben seinen normalen Gang. In Homs, Hama oder Aleppo sind Völkermord und *business as usual* häufig nur durch eine von Scharfschützen in Schach gehaltene und terrorisierte Straße von einer belebten Nebenstraße getrennt. Während mehr als 6 Millionen Syrer zu Freunden und Verwandten außerhalb der belagerten Städte und 3 Millionen in einen Nachbarstaat geflohen sind und die längst über die 150.000 hinausgehende Zahl der Getöteten bereits nicht mehr registriert wird, bereitet Bashar al-Assad seelenruhig seine Wiederwahl vor. Gewählt hätten ihn die geflohenen Wähler ohnehin nicht. Insofern paßt deren Vertreibung in sein Wahlkampfkonzept.

Die russophile Minderheit im Osten der Ukraine besetzt unter dem Schutz der jenseits der Grenze aufmarschierten russischen Armee Polizeistationen, Rat- und Funkhäuser und will nach dem Muster der *Annexion* der Krim dort ebenfalls die *Sezession* erklären. Ein selbsternannter Bürgermeister nimmt (inzwischen auf diplomatischen Druck hin freigelassene) offizielle westliche Militär-Beobachter fest und erklärt sie zu seinen Kriegsgefangenen bewacht von einer bunten Schar von Tarnuniformierten, während drei (inzwischen ausgetauschte) „ukrainische Spione“ mehr tot als lebendig mit frischen Folterspuren der Presse vorgeführt werden. Angeblich seien diese Spione von der Ukraine ausgesandt wurden. Um gegen die Ukraine zu spionieren? Absurder lässt sich die Wirklichkeit wirklich nicht mehr verkehren und die Wahrheit auf den Kopf stellen!

Das alles sind Beispiele dafür, wie eine Minderheit agiert, die so tut, als stünde sie für die Mehrheit und wie das *Selbstbestimmungsrecht der Nationen* zu einem *Recht auf Annexion* pervertiert wird. Verkehrte Welt! Wer soll da noch den Überblick behalten? Der syrische Folterkeller liegt nur einen Sprung weit entfernt von einer mit Supermärkten bestückten Geschäftsstraße,⁶¹ der Terror von Assads *shabbiha* wird von dem antifaschistischen Maskenzug baathistischer Assad-Freunde übertönt und überblendet,⁶² während unsere „radikalen Minderheiten“ gegenüber der (häufig sogar politisch bewußt zum Ausdruck gebrachten) politischen Passivität der Bevölkerungsmehrheit, einen von der Polizei weiträumig abgeschirmten Auftritt einer Handvoll Nazi-Hanseln oder Islam-Hasser als bevorstehende nationalsozialistische Machtergreifung beschreiben, um sich selbst als Retter der Menschheit vor dem Rassismus „der Deutschen“ und „dem deutschen Faschismus“ in Szene zu setzen.

Hier bedarf der *Antifaschismus* der einen der Bestätigung durch die andere Seite, ohne die er politisch nicht überleben könnte! In dieser Gemengelage allerseits politisch Durchgeknallter wird von der Minderheit der einen Seite Freund und Feind danach sortiert, wer es „der Zukunft zugewandt“ noch auf die Seite „der Guten“ geschafft hat und wer nicht, weil sein Verstand sich weigerte, an des „Kaisers neue Kleider“ in Gestalt der Klimaerwärmung, der Energiewende und der zivilisatorischen Mission Putins und Assads für die Rettung der Menschheit zu glauben. Die uneinsichtige Mehrheit von Ungläubigen wird dann eben solange mit linken „Wahrheiten“ traktiert, bis sie vor „dem Absurden“ kapituliert: „Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage“ – und sich willig auf die Seite der Wohltäter der Menschheit schlägt.

Wie ein solcher Glaubenskampf vonstatten geht, lässt sich anhand des von der Linken in ihrem Kulturkampf seit der „Wiedervereinigung“ verwendeten Schlagwörter-Katalogs Schicht für Schicht abtragen und dokumentieren: Ganz zu untern wäre da die sog. Rechtschreibreform als Produkt des

61 Siehe die eingangs zitierten Folterberichte. Samar Yazbek: *Schrei nach Freiheit*, 140-143.

62 Ebenda, 205-207.

hervorragend gelungenen Zusammenspiels von Schulbuchverlagen und GEW-Lehrern, mit der dieser ganze wohltätige Unsinn seinen Anfang nahm (als Kompensation für die Der Linken verweigerte Übertragung der DDR-Verfassung auf Gesamtdeutschland); gefolgt vom Ethikunterricht als einer Art verstaatlichten Religionsunterrichts zunächst an Berliner Schulen, d.h. dem Zusammenwachsen von Staat und Religion zur Staatsreligion („Der Islam ist ein Teil von Deutschland“); als nächstes käme dann die Unterrichtung der Schüler_Innen über die von ihnen zu treffende Auswahl unter der Vielfalt sexueller Orientierungen (die patriarchale Heterosexualität natürlich ausgenommen); dem folgt der staatlich verordnete Mindestlohn, d.h. das Zusammenwachsen von Staat und Gewerkschaft zur Staatsgewerkschaft und *last but not least* das Zusammenwachsen von Staat, Geheimdiensten und Mafia einerseits, das in den NSU-Ausschüssen und das Zusammenwachsen von Staat, Geheimdiensten und Occupy-Wallstreet-Spionage andererseits, das in den NSA-Untersuchungsausschüssen zelebriert wird und alles dies schließlich gipfelnd in der Verquickung von NSA und NSU zu einem politisch-, gesellschaftlich-, geheimdienstlichen Konglomerat, das in dem Vorschlag der rotgrünen Minderheit, Edward Snowden den Friedensnobelpreis zu verleihen, seinen bisherigen Höhepunkt erreicht hat!

Wie überhaupt diese hyperaktive Minderheit, die inzwischen auch in Bundestagsausschüssen, ohne diesen anzugehören, angehört wird, für das Zusammenwachsen von „Zivilgesellschaft“ und „gesellschaftlichen Organisationen“ eintritt und dies mit der knallharten Forderung verbindet: den Rassismus zum Staatsverbrechen, den Pazifismus und Ökologismus zur Staatsdoktrin, und die Solidarität zur Staatsethik zu befördern usw. usf. Wenn Putin mit der Annexion der Krim durchkommt, braucht er den alten Stummfilm über Eingemeindung des „Ostblocks“ durch die Sowjetarmee aus der Stalinzeit einfach nur rückwärts laufen lassen, bis ihm als *dejà vu* Herr Obama an der Elbe die Hand reicht. Wenn Assad nicht für seine Verbrechen gegen die Menschheit vor dem *Internationalen Strafgerichtshof* zur Rechenschaft gezogen wird und Putin die Krim behalten darf, ist es nur eine Frage der Zeit, wann die Mehrheit hier in Europa entweder wird einpacken oder die Kalaschnikow wieder wird auspacken müssen.

-euk

[durchgesehen und stilistisch überarbeitet 1407]